Hochschule Neubrandenburg
University of Applied Sciences

Fachbereich Agrarwirtschaft und Lebensmittelwissenschaften

Masterthesis

Immer größer, immer mächtiger?

Auswirkungen sich verändernder Agrarstrukturen

Vorgelegt im März 2019

URN: urn:nbn:de:gbv:519-thesis2018-0789-9

„Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit“

Carl Josef »Necko« Neckermann (1912 - 1992),

Begründer des ersten deutschen Versandhandels

Inhalt

Abbildungsverzeichnis VI

Tabellenverzeichnis VII

Abkürzungsverzeichnis VII

Gleichheitsgrundsatz VII

1. Einleitung 8

1.1. Problemstellung 8

1.2. Zielsetzung 10

1.3. Vorgehensweise 10

2. Begriffsklärungen 11

2.1. Strukturwandel 11

2.2. Agrarstruktur und Agrarstrukturwandel 14

2.2.1. Treiber der Strukturentwicklung 16

2.2.2. Messgrößen für den Agrarstrukturwandel 17

2.2.3. Folgen des Agrarstrukturwandels 19

2.3. Wachstum 20

3. Agrarpolitik und die Besonderheiten der Landwirtschaft 23

4. Geschichtliche Entwicklung der Agrarstruktur in Deutschland 30

5. Status quo der Agrarstruktur in Deutschland 35

5.1. Betriebszahlen und Rechtsformen 35

5.2. Arbeitskräfte 41

5.3. Kapitaleinsatz 46

5.4. Boden 47

5.5. Der Einfluss von Fremdinvestoren in landwirtschaftlichen Unternehmen 50

5.6. Der Einfluss landwirtschaftlicher Unternehmen im ländlichen Raum 54

6. Thesen zum Strukturwandel 56

6.1. Das Wachstum eines (landwirtschaftlichen) Unternehmens ist unbedingt notwendig 56
6.2. Der bäuerliche Familienbetrieb ist das anzustrebende Ziel 59
6.3. Die Direktzahlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik verstärken den Strukturwandel 62
6.4. Die gemeinsame Agrarpolitik verfehlt ihre gesetzten Ziele aufgrund ihrer eigenen Strategie und verstärkt dadurch den Agrarstrukturwandel 65
6.5. Der Erhalt einer leistungsfähigen Agrarstruktur bildet die Grundlage einer leistungsfähigen Volkswirtschaft 69
7. Diskussion 72
8. Ausblick 78
9. Fazit 82
Literaturverzeichnis 85

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Landwirtschaftliche Betriebe & Erwerbstätige 1949-2016 8
Abbildung 2 Deutschlandweiter Strukturwandel 12
Abbildung 3 Bruttowertschöpfung der vor- und nachgelagerten Bereiche im Vergleich 26
Abbildung 4 Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe 1975-2017 (in 1.000) 35
Abbildung 5 Agrarstrukturwandel nach Ost- und Westdeutschland 2007 & 2016 36
Abbildung 6 Landwirtschaftliche Betriebe nach Rechtsform 2016 37
Abbildung 7 Landwirtschaftliche Betriebe nach Bundesländer 2016 38
Abbildung 8 Verteilung der Rechtsformen 2016 (in Klammern 1999) 38
Abbildung 9 Rechtsformen und deren Flächenanteile in Hektar 39
Abbildung 10 Landwirtschaftliche Einzelunternehmen nach deren Erwerbscharakter 2016 (in Klammern 2010) 40
Abbildung 11 Landwirtschaftliche Erwerbstätige 2016 41
Abbildung 12 Anteil der Landwirtschaft an der Beschäftigung und der Bruttowertschöpfung 42
Abbildung 13 Anzahl der Auszubildenden in der Landwirtschaft in Deutschland in den Jahren 1998 bis 2017 43
Abbildung 14 Anzahl der Studierenden in Deutschland im Wintersemester 2017/2018 nach Fächergruppen 44
Abbildung 15 Frauenanteil an den Auszubildenden im Bereich Landwirtschaft in Deutschland von 1992 bis 2016 45
Abbildung 16 Kapitaleinsatz verschiedener Wirtschaftsbereiche je Erwerbstätigen 46
Abbildung 17 Flächennutzung in Deutschland (Stand 2016) 47
Abbildung 18 Preise für Neupachten 2016 (in €/ha) 49
Abbildung 19 Jahrhundertvergleich 49
Abbildung 20 Weltweite Ausgaben für Nahrungsmittel im Vergleich zum BIP 71

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Mehrheitseigentümer in juristischen Personen, Stand 2017 52
Tabelle 2 Übernahme juristischer Personen von 2007 bis 2017 52
Tabelle 3 Betriebszahlen bis zum Jahr 2100 bei verschieden Verlustraten. 82

Abkürzungsverzeichnis

AbL.....Aktionsbündnis bäuerliche Landwirtschaft
AdV .....Anmerkung des Verfassers
AEUV..... Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AK .....Arbeitskraft / Arbeitskräfte
DLG.....Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft
DZ.....Direktzahlungen
ELER.....europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EWG.....Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
GAP..... Gemeinsame Agrarpolitik
GV ..... Großvieheinheit
KOM.....Europäische Kommission
LPG .....landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LwG..... Landwirtschaftsgesetz
MFR .....mehrjähriger Finanzrahmen
ZA..... Zahlungsansprüche

Gleichheitsgrundsatz

Alle in dieser Arbeit verwendeten, personifizierten Ausdrücke (Geschäftsführer, Landwirt, Unternehmer, usw.) werden aus Vereinfachungsgründen und für eine bessere Lesbarkeit lediglich in einer Form - in der Regel die männliche - benutzt. Sie gelten gleichermaßen auch für die weibliche Form!

1. Einleitung

1.1. Problemstellung

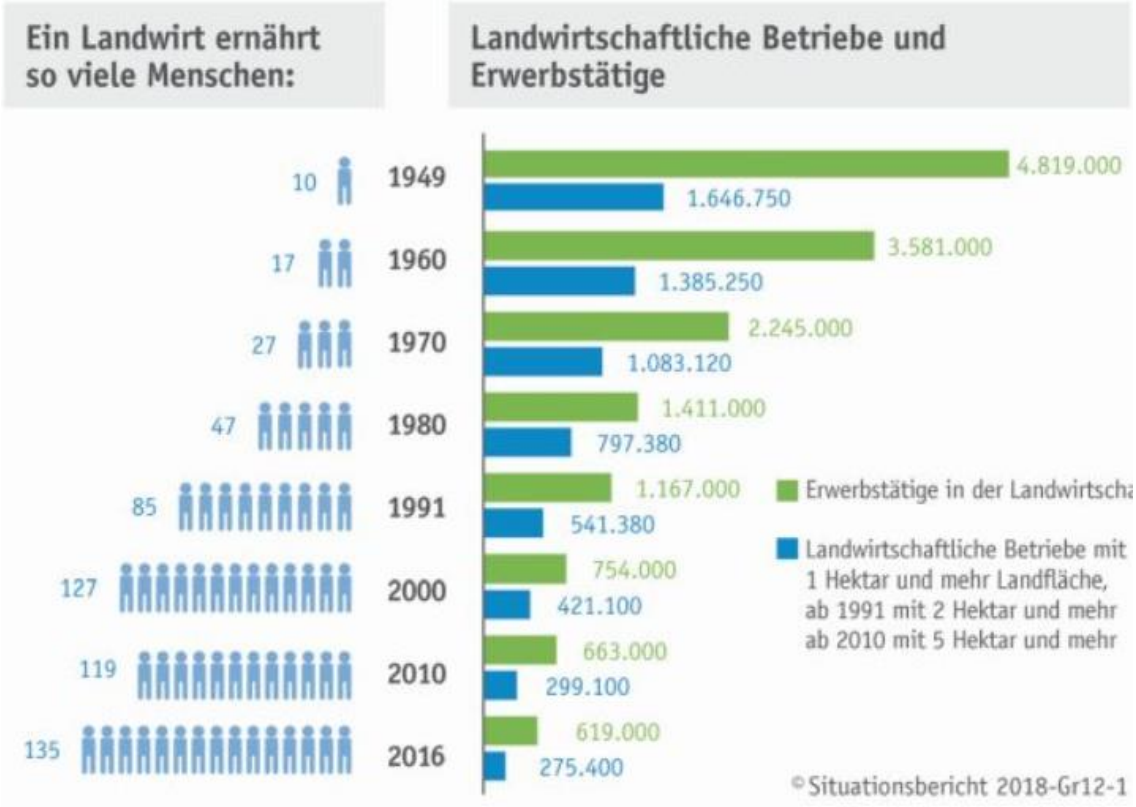
Die Wirtschaft in Deutschland ist von einem ständigen Strukturwandel geprägt. Dies wird im Bereich der Landwirtschaft vor allem durch die Medien öffentlich. Vom Höfesterben, von Agrarfabriken, Massentierhaltung und industrieller Massenproduktion ist hier des Öfteren die Rede. Dieser Wandel ist teilweise politisch gewollt, aber auch Ergebnis des angewandten Wirtschaftssystems. Das diese Strukturreform beabsichtigt scheint, lässt sich am Beispiel des bereits 1968 in Kraft getretenen „Mansholt-Plan" beweisen. Mit dem Plan wurden Maßnahmen eingeführt, um die Agrarpolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft neu auszurichten. Durch gezielte Maßnahmen wie Landaufgabeprämien, vorzeitige Altersrenten, Umschulbeihilfen etc. (Wirtschaftslexikon24, 2017), sollte die Verringerung der landwirtschaftlichen Erwerbsbevölkerung erreicht werden.[1] Durch die sich in den Jahrzehnten danach veränderte Marktlage (Ende des kalten Krieges, geöffnete Weltmärkte, einheitlicher europäischer Agrarmarkt, Abschaffung von Marktquoten, usw.) agieren die landwirtschaftlichen Unternehmen heute auf einem globalisierten Markt, wodurch der Wettbewerb um Erlös- und Kostenführerschaft deutlich angetrieben wird.

Verschärft wird dieser Kampf um die Märkte durch steigende Produktionskosten, als unmittelbare Folge steigender Produktionsstandards in Europa, bei gleichbleibenden oder sinkenden Erzeugerpreisen. Innerhalb dieser Spirale ist der Kostenreduzierungszwang Auslöser eines seit Jahrzehnten ununterbrochen fortschreitenden Größenwachstums, bei rückläufigen Betriebszahlen. Anhaltende Versuche der Europäischen Union mit ihrer Gemeinsamen Agrarpolitik diese Strukturentwicklung zu beeinflussen, waren in der Vergangenheit nicht erfolgreich. Weil zudem ein immer größerer Kapitalbedarf besteht, kaufen sich kapitalstarke, (teils außerlandwirtschaftliche) Investoren als Quereinsteiger in die Unternehmen ein. Kleine „uninteressante" Betriebe werden dabei entweder aufgekauft oder sie stellen die Produktion ein. Die dadurch freiwerdenden Produktionsfaktoren (in der Landwirtschaft vor allem der Faktor Boden) treiben das Preiskarussell weiter an.

[1] Siehe dazu außerdem Kapitel 4, Seite 30

Das folgende Bild zeigt, wie sich die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe und die in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen vermindert, und wie gleichzeitig die Zahl der ernährten Personen durch einen Landwirt zugenommen hat.

Abbildung 1 Landwirtschaftliche Betriebe & Erwerbstätige 1949-2016



Quelle: Deutscher Bauernverband, 2017

Ein Problem liegt dabei im Auftreten gewisser ‚Reibungsverluste' durch diesen Prozess. Derartige Reibungsverluste sind beispielsweise, dass sich in großen Unternehmensgebilden die Überschaubarkeit verlieren kann, vor allem wenn die landwirtschaftlichen Unternehmen auf mehrere Standorte verteilt sind, und sich dadurch die positiven Aspekte eines Unternehmenszusammenschlusses nicht nutzen lassen oder gar von negativen überlagert werden.

1.2. Zielsetzung

Die vorliegende Arbeit soll Aufschluss über die bisherige sowie die weitere Entwicklung der Agrarstruktur in Deutschland geben. Sie soll zeigen, in welchen Dimensionen und Bezugsgrößen sich der Strukturwandel messen lässt und darstellen wie sich die Agrarstruktur in den kommenden Jahren verändern wird und was Gründe, für die sich verändernden Strukturen sind.

1.3. Vorgehensweise

Die vorliegende Arbeit stellt eine Literaturarbeit zur dargelegten Problemstellung dar. Zu Beginn wird der Agrarstrukturwandel sowohl historisch als auch gegenwärtig untersucht. Des Weiteren wird beleuchtet, wie er sich ermitteln lässt und wie er gemessen werden kann. Danach folgen aufgestellte Hypothesen, die sich am oben genannten Thema orientieren. Einige der im Text verwendeten Quellen werden anschließend diskutiert und ein entsprechendes Fazit abgeleitet.

2. Begriffsklärungen

2.1. Strukturwandel

Ein Strukturwandel ist die anhaltende Veränderung einer Volkswirtschaft. Er entsteht aus Wachstum, marktwirtschaftlichem Wettbewerb und dessen Folgen. Sich verändernde Nachfragen, Preisstrukturen, Ressourcenverfügbarkeit und der technische Fortschritt haben einen starken Einfluss darauf. Der Strukturwandel hat drei Ebenen, welche nachstehend näher erläutert werden.

- Sektoraler Strukturwandel
- Intrasektoraler Strukturwandel
- Regionaler Strukturwandel

(Lendt, 2013)

Sektoraler Strukturwandel

Vom sektoralen Strukturwandel wird gesprochen, wenn verschiedene Wirtschaftszweige unterschiedlich stark wachsen. Durch mehr oder weniger stabile Grundtendenzen ist dieser Wandel langfristig und zumeist dauerhaft. Messen lässt sich der Wandel anhand prozentualer Veränderungen des Beitrags der jeweiligen Wirtschaftszweige zum Beispiel am Nationaleinkommen oder dem Anteil der Beschäftigten im Wirtschaftszweig (Klodt, 2018).

Intrasektoraler Strukturwandel

Der intrasektorale Strukturwandel findet innerhalb eines Wirtschaftsbereichs (Sektors) statt. Der Agrarstrukturwandel oder der Wandel im Industriesektor (standardisierbare, gefährliche Arbeiten werden zunehmend von Maschinen übernommen) sind Beispiele dafür (Klodt, 2018).

Regionaler Strukturwandel

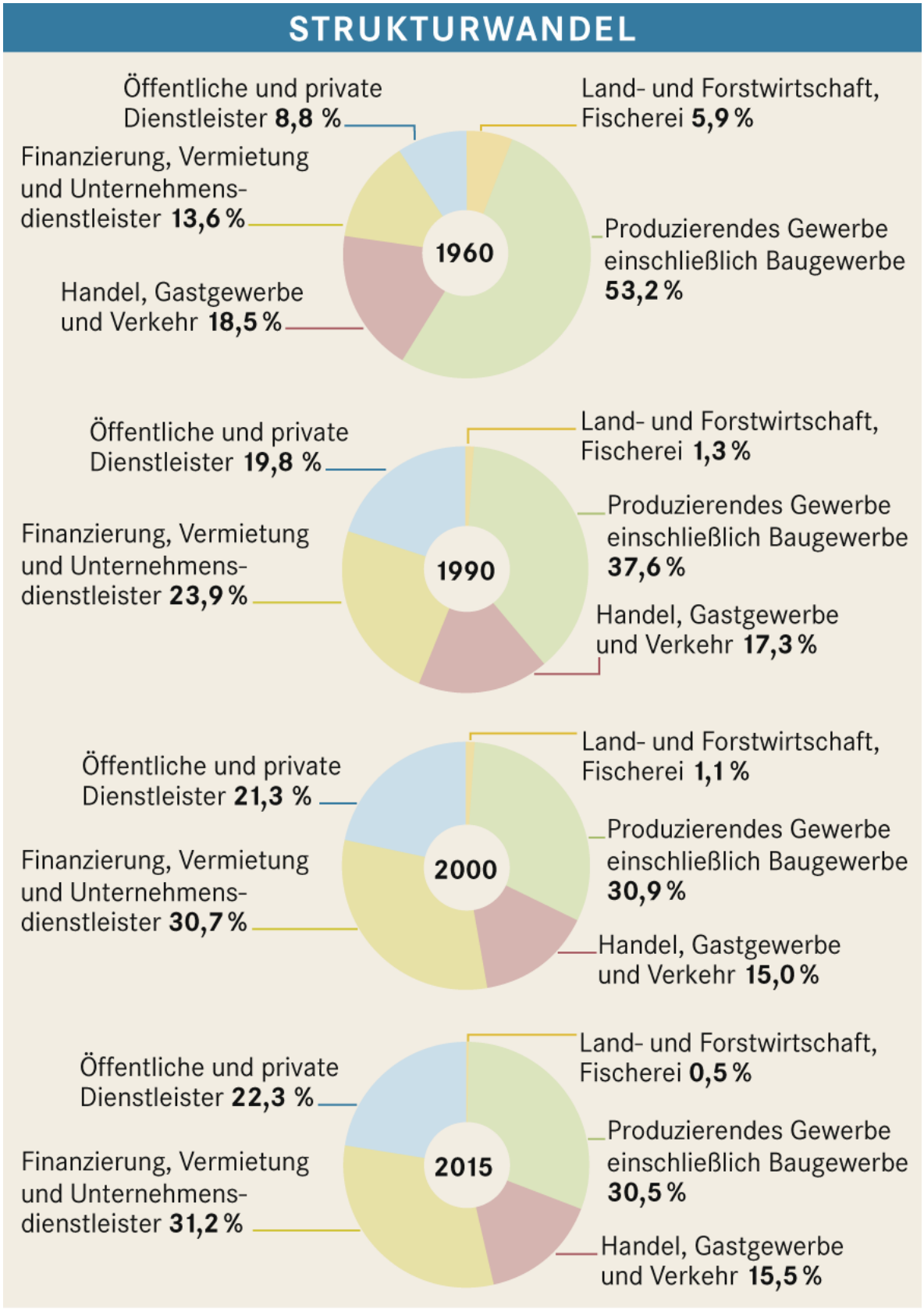
In bestimmten Regionen verändern sich ganze Wirtschaftsbereiche derart, dass dies grundlegende Veränderungen, beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt, nach sich zieht. Beispiele hierfür sind vor allem die Bergbauregionen in Deutschland. Mit dem Ende des Bergbaus im Ruhrgebiet hat sich die Region vom Schwerindustriegebiet in ein „Zentrum

für hochtechnologische Industrien und moderne Dienstleistungen gewandelt“ (IWMedien, 2018).

Der primäre Sektor nimmt im Laufe der Zeit mehr und mehr ab, während der Sekundäre und der Tertiäre zunehmen. Am stärksten wächst dabei der Tertiäre.
Der primäre Sektor umfasst alle Sektoren, die in der vorrangigen Produktion (Urproduktion) angesiedelt sind. Dies ist in Deutschland, nach dem abzusehenden Ende des Bergbaus, vor allem die Land- und Forstwirtschaft. Er steht am Anfang der Wertschöpfungskette und liefert die Rohstoffe für den sekundären Sektor. In diesem wird das produzierende Gewerbe, also Industrie und Handwerk, zusammengefasst. Der tertiäre Sektor produziert keine Sachgüter mehr, sondern stellt vielmehr den Handel, Beratung und Dienstleistungen zur Verfügung, welche von den anderen beiden Sektoren abgerufen werden können.
Der Strukturwandel zeichnet sich durch die Verschiebung von Wertschöpfungs- und Beschäftigungsanteilen zwischen einzelnen Produktionssektoren als volkswirtschaftliches Phänomen aus (Simon, 2018).

Das nachstehende Bild zeigt, wie sich die komplette Wirtschaftsstruktur seit 1960 verändert hat und wie bestimmte Bereiche gewachsen sind, während andere immer weiter zurückgegangen sind.

Abbildung 2 Deutschlandweiter Strukturwandel



Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, 2016

2.2. Agrarstruktur und Agrarstrukturwandel

Der Begriff Agrarstrukturwandel ist oft negativ behaftet, meist im Zusammenhang mit Begriffen wie Bauernsterben, Agrarindustrie, Agrarfabriken oder Massentierhaltung. Dabei ist er ein Prozess, wie er in allen Wirtschaftsbereichen gleichermaßen stattfindet.
Die Agrarstruktur umfasst die in den Agrargebieten vorherrschenden sozialen Verhältnisse und die Gesamtheit der Produktionsbedingungen. Sie bezieht die soziale Stellung der Landbevölkerung ebenso mit ein, wie die Form der Bodennutzung und die Eigentums- und Besitzverteilung. Ihre Entwicklung wird meist stark von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst (Haas & Neumair, 2018). Zeigt sich die Gesamtwirtschaft lukrativ, beeinflusst dies die Agrarwirtschaft im positiven Sinne. Umgekehrt verhält es sich ebenso. Allerdings liegt es im Auge des Betrachters, was unter günstigen Auswirkungen zu verstehen ist. Floriert die Industrie und hat dementsprechend größere Wachstumsraten vorzuweisen, kann man davon ausgehen, dass indirekt die Land- und Forstwirtschaft ebenfalls betroffen ist, denn durch den zeitgleich permanenten technischen Fortschritt werden Arbeitskräfte frei, die aus der Landwirtschaft in die Industrie abwandern.

Sehr weit ausgelegt, können alle in einer Relation zueinanderstehenden Produktionsfaktoren (Boden, Arbeit und Kapital) als Agrarstruktur ausgelegt werden.
„Lipinsky (1981) definiert die Agrarstruktur umfassend als *„das statistisch erfaßbare Verhältnis der technischen, ökonomischen und sozialen Strukturelemente im agraren Bereich“*“ (Forstner, 2018).
Die Agrarstruktur umfasst zahlreiche Perspektiven, die den Aufbau und die innere Gliederung der Landwirtschaft in einer Region oder einem Land ausmachen. Die Anbaustrukturen und Produktionsweisen gehören ebenso dazu wie die Produktivitätskennzahlen oder die regionale Verteilung der Produktion.
„Die Agrarstruktur und deren Wandel resultieren aus dem Anpassungsdruck, der von der volkwirtschaftlichen und technischen Entwicklung ausgeht, sowie aus der Agrarverfassung und der Agrarstrukturpolitik.“ (Forstner, 2018)

Für den Agrarstrukturwandel gibt es zwei verschiedene Hypothesen, die Druck- sowie die Soghypothese, welche jedoch nicht direkt voneinander getrennt werden können.

Nach Baur (2000) besagt die Druckhypothese, dass sich aus dem Zusammenspiel zwischen kontinuierlicher Angebotsausdehnung (resultierend aus züchterischem und technischem Fortschritt. *Anmerkung des Verfassers (AdV)*) einerseits und schwach wachsender beziehungsweise stagnierender Nachfrage andererseits[2] ein besonderer Anpassungsdruck auf den Agrarsektor ergibt. Mit dieser Theorie werden die langfristig real sinkenden Preise auf den Agrarmärkten und die in der Tendenz sinkenden landwirtschaftlichen Einkommen, bzw. der steigende Einkommensunterschied des landwirtschaftlichen Lohnniveaus zu anderen Wirtschaftssektoren erklärt.
Nach der Soghypothese werden beispielsweise Arbeitskräfte, hauptsächlich durch die besseren Einkommensmöglichkeiten außerhalb des Agrarsektors, aus diesem herausgesogen. Diesen Abwanderungseffekt und somit einen Teil des Strukturwandels wird es so lange geben, wie die Einkommensmöglichkeiten und die Arbeitsbedingungen in anderen Bereichen besser sind, als die in der Agrarwirtschaft (Baur, 2000).

Zusammengefasst kann man sagen, dass Strukturwandel prinzipiell in allen wirtschaftlichen Sektoren stattfindet. Die Landwirtschaft hat jedoch eine besondere Stellung, denn sie trägt mit ihrer Produktion zur Versorgungssicherheit an Lebensmitteln bei. Der „Agrarstrukturwandel" bedeutet die ständige Veränderung der Produktionsfaktoren im Agrarsektor. Vor allem die Faktoren Boden (die zur Verfügung stehende landwirtschaftliche Nutzfläche) und Arbeit (die im agrarischen Bereich zur Verfügung stehende Zahl an Arbeitskräften) nehmen durch genannte Gründe weiter ab, während das Kapital (u.a. Anschaffungskosten, Kosten für Kapitalbeschaffung) und der Informationsfluss weiter zunehmen wird.

Die Anforderungen der Gesellschaft an die Land- und Lebensmittelwirtschaft haben im Zeitverlauf umfangreiche Veränderungen durchlaufen. In den 50er und 60er Jahren forderten die Verbraucher eine Landwirtschaft, die so wirtschaftlich wie möglich arbeitete, um dadurch eine günstige Nahrungsmittelversorgung zu erhalten. Dabei spielte es keine Rolle, ob dieser Betrieb „bäuerlich" oder „industriell" ausgerichtet war. Eines der wichtigsten Ziele des Bauernverbandes war es damals, so viele landwirtschaftliche Betriebe

[2] Der Markt ist weitestgehend gesättigt und die Bevölkerungszahl wächst langsamer, als die Produktion ansteigt.

wie möglich zu erhalten. Erst später veränderte sich die Wahrnehmung der Gesellschaft zu den Funktionen der Landwirtschaft. So bekamen neben der Forderung nach Nahrungsmitteln auch die umweltgerechte Erzeugung und der Tierschutz zunehmend Aufmerksamkeit (Zander, et al., 2013).

2.2.1. Treiber der Strukturentwicklung

Als Treiber der ständigen Strukturentwicklung gelten der technische und der züchterische Fortschritt, die schwache Marktstellung der deutschen (europäischen) Landwirtschaft im internationalen Wettbewerb, wirtschaftliche Größenvorteile (economy of scales), der gesetzliche Regelungsdruck, ständig wachsende Kundenanforderungen sowie die öffentliche Diskussion über die Landwirtschaft (Deutscher Bauernverband, 2017).

Weitere Treiber sind der anhaltende Generationswechsel, bei dem viele Betriebe mangels Nachfolge verkauft werden, sowie die zunehmende Peripherisierung der ländlichen Räume und der Klimawandel, der beispielsweise durch veränderte Niederschlagsverteilung und -mengen Einfluss auf die Ertragsleistung und -sicherheit und somit auf die Agrarstruktur haben wird (Plieninger, et al., 2006).

Beispiel für die Auswirkungen des technischen Fortschritts:
In der Produktion sind gewisse Mindeststückzahlen erforderlich, damit eine Auslastung erreicht wird. Das funktioniert so lang, bis neue Technik beschafft wird, denn diese ist meist leistungsfähiger als das Vorgängermodel und erreicht somit höhere Stückzahlen. Zugleich ist die neue Anschaffung aber aufgrund von technischen Neuerungen und der Inflation teurer als die Bisherige. Zudem müssen die größeren Stückzahlen auch am Markt abgesetzt werden. Ähnlich zeigt es sich beim Bezug bestimmter Produkte. Oftmals gibt es Mindestabnahmemengen oder Preisnachlässe, sobald größere Mengen bezogen werden. Die höheren Bezüge sollten allerdings in der eigenen Produktion verarbeitet werden können bzw. erfordern sie eine Erhöhung der Produktionszahlen (Kaack, 2017).

Im Falle der Landwirtschaft bedeutet das an einem Beispiel erklärt, dass ein neuer Mähdrescher bei gleicher Größe meist deutlich leistungsfähiger ist als das ältere Modell. Um

die neue Maschine nun allerdings auszulasten und somit die Kosten zu senken sowie die Amortisationsdauer zu verringern, ist eine größere Druschfläche nötig. Dies kann entweder über Zupacht oder das Angebot der Dienstleistung „Lohndrusch“ realisiert werden. Im Zukauf von Produktionsgütern kann als Beispiel eine Kostendegression bei der zugekauften Menge von Kraftfutter oder von Düngemittel genannt werden. Beides ist lediglich über eine Aufstockung des Tierbestandes oder der Flächen möglich und hat somit direkt Auswirkungen auf die Agrarstruktur. Denn bei einer größeren Abnahmemenge muss eine entsprechende Lagerkapazität gegeben sein und gerade Futtermittel sollten in einem gewissen Zeitraum aufgebraucht sein, um nicht zu verderben.
Für betriebliches Wachstum ist in den meisten Fällen ein gewisses Maß an Kapital notwendig. Das Unternehmen muss in der Lage sein, den zusätzlichen Kapitalbedarf, den hinzukommenden Organisationsaufwand sowie den möglicherweise steigenden Personalbedarf zu decken und zu leiten. Des Weiteren muss der Markt, an dem das Unternehmen wirtschaftet in der Lage sein, die zunehmende Produktion aufzunehmen, denn andernfalls droht ein Preisverfall des produzierten Gutes oder aber das Unternehmen stagniert im Verkauf.

2.2.2. Messgrößen für den Agrarstrukturwandel

Ein Wandel in der Struktur eines Wirtschaftsbereiches lässt sich auf verschiedene Arten, mit unterschiedlichen Bezugsgrößen darstellen, wobei nicht jeder messbare Faktor einen in der Praxis sinnvoll verwertbaren Ansatz zur Bewertung einer Strukturveränderung darstellt. Nachfolgend werden einige Messgrößen näher erläutert.

Betriebe / Bundesland & Betriebe gesamt

Dies sind zwei Größen, die durchaus von Relevanz sind, denn sie zeigen wie sich die Betriebsstruktur entwickelt. Allerdings ist dabei die gemessene Größe entscheidend. So werden gerade bei den Betriebszahlen seit 2007 nur noch die Betriebe erfasst, die mehr als 5 ha landwirtschaftliche Nutzfläche bewirtschaften.

Betriebe / Rechtsform

Die in den jeweiligen Rechtsformen wirtschaftenden landwirtschaftlichen Unternehmen sind detailliert erfasst, allerdings zur Betrachtung von Strukturveränderungen nur bedingt aussagefähig, da es keinen Einfluss nimmt, in welcher Rechtsform ein Unternehmen geführt wird. Wesentlich aussagekräftiger wäre ein Bezug der Eigentümerstrukturen auf die Zahl der Betriebe. Fünf Betriebe der Hand eines einzelnen Landwirts sind mit Sicherheit anders geführt und nutzen Synergien untereinander vermehrt, als fünf Betriebe, in der Hand von fünf verschiedenen Landwirten.

Arbeitskräfte / Hektar (AK/ha (AKh/ha))

Anhand dieser Größe lässt sich feststellen, dass die Arbeit an sich durch die Technik sehr viel leichter geworden und mit deutlich weniger Arbeitern pro Fläche als früher ausführbar ist. Eine weitere Messgröße dieser Art ist der Bezug der AK pro im Betrieb gehaltener Großvieheinheit[3] (GV).

AK/Betrieb (AKh/Betrieb)

Bedingt durch die vorher beschriebene Produktivitätssteigerung sind in der Land- und Forstwirtschaft viele Arbeitsplätze weggefallen. Dies lässt sich mit der Bezugsgröße AK/Betrieb einfach darstellen. Jene ist in den vergangenen Jahrzehnten stetig zurückgegangen und stagniert seit einigen Jahren auf einem annähernd ähnlich niedrigen Level, bei etwa 1,5 % aller in Deutschland beschäftigten Personen.

Viehaltende Betriebe + GV/ha & GV/Betrieb

Mit dieser Messgröße lässt sich präzise darstellen, wie sich die Nutztierhaltung in Deutschland verändert hat und sich weiterhin wandelt. Das betrifft die Anzahl der Betriebe, welche Nutztiere halten insgesamt. Diese Zahl ist stetig rückläufig. Die Zahl der gehaltenen Tiere pro Betrieb steigt bislang weiter an. Zu beachten ist allerdings, dass die räumliche Verteilung dieser Betriebe sehr ungleichmäßig ist. Hohe Viehdichten haben sich an logistisch günstigen Orten angesiedelt, um wegen der Nähe zu den Seehäfen Transportkosten zu sparen. Bedeutendstes Beispiel ist der Raum Vechta/Cloppenburg in Nordwestdeutschland.

[3] Eine Großvieheinheit steht für 500 kg Lebendgewicht. Eine Milchkuh hat demnach zwischen 1 und 1,5 GV.

Ha/Betrieb & Ha LN gesamt

Beide Zahlen zeigen deutlich, wie sich die Unternehmen in den vergangenen Jahren flächenmäßig entwickelt haben und wie sie sich zukünftig entwickeln werden, während die für die landwirtschaftliche Produktion zur Verfügung stehende Nutzfläche weiter abnimmt.

Reinertrag/Betrieb

Bedingt durch einen stark jahreszeitabhängigen und volatilen Markt wie dem Agrarmarkt schwanken die Erträge in den Betrieben entsprechend. Gut zu sehen war dies während der Milchkrise 2015/2016 und in der Ernte 2018, bedingt durch den sehr trockenen und heißen Sommer mit Ertragsausfällen zwischen 15 und 50%. Regelmäßig bekommen das aber vor allem die Viehmäster zu spüren, wenn die Fleischpreise saisonbedingt oder ausgelöst durch aktuelle Besonderheiten (Afrikanische Schweinepest, Salmonellen, Futtermangel, etc.) variieren. Diese Messzahl hat allerdings nur eine bedingte Aussagekraft, denn durch die Individualität der Unternehmen, ist ein direkter Vergleich über den Reinertrag kaum möglich.

2.2.3. Folgen des Agrarstrukturwandels

Zu erwarten ist ein andauernder Rückgang an Betrieben, sowohl gesamtwirtschaftlich als auch in der Land- und Forstwirtschaft. Die (für eine Verpachtung) derzeit günstige Ausgangssituation mit steigenden bzw. hohen Pachtpreisen sowie der anhaltende Generationswechsel bestärken diese Tendenz. Zudem ist in vielen landwirtschaftlichen Unternehmen die Hofnachfolge noch ungeklärt und die Situation am außerlandwirtschaftlichen Arbeitsmarkt ist derzeit ebenfalls günstig und unterstützt diesen Effekt. Die Betriebe, die dem Strukturwandel und den Marktschwankungen standhalten, werden wachsen und die freiwerdenden Faktoren (zumindest teilweise) aufnehmen. Aufgrund der wachsenden Einheiten werden Gebäude und Technik größer werden, was zu höheren Investitionen

(und höherem Kapitaleinsatz insgesamt) führt. Da die Produktion zunehmen wird, entstehen gleichzeitig geringere Stückkosten und somit niedrigere Preise. Im Zuge dieser Entwicklung wird es zukünftig tendenziell weniger Generations- und Familienbetriebe geben. Die Anzahl der viehhaltenden Betriebe verringert sich aufgrund steigender Haltungs- und Umweltanforderungen. Vor allem kleine Betriebe werden den zukünftigen Tierschutzauflagen nicht mehr gewachsen sein (Nieberg & Forstner, 2013).

Die Mobilität, der durch die Aufgabe, Zusammenlegung und/oder Umstrukturierung von Unternehmen freigesetzten Produktionsfaktoren ist häufig eingeschränkt, was eine verbesserte Faktorentlohnung behindert, weil die freien Faktoren nicht dorthin wandern, wo sie besser bezahlt würden. Dies führt bei der Freisetzung von Arbeitskräften zu sozialen Spannungen in den Landwirtsfamilien. Vor allem in schwächer entwickelten Regionen, in denen die Landwirtschaft noch eine größere Rolle spielt, führt der Strukturwandel zu gravierenden regionalen Problemen. Hierzu gehören Unterbeschäftigung und niedrige Einkommen, mit der Folge der Abwanderung der Menschen, wodurch die Region noch schwächer wird, usw. (Seibert, 2016).

2.3. Wachstum

Wird von Strukturwandel gesprochen oder wie im Bereich dieser Arbeit, speziell vom Agrarstrukturwandel, ist gleichermaßen auch von Wachstum die Rede. Aufgrund dessen wird dieser Aspekt nachstehend näher betrachtet.

> *„Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft auf den Weltmärkten ist langfristig nur aufrecht zu erhalten, wenn der Strukturwandel in der Agrarwirtschaft mit dem technischen Fortschritt Schritt hält. Der Zwang zum Wachstum resultiert nicht aus einer verfehlten Politik, sondern hat seine Ursachen in der fortlaufenden Innovation und der Liberalisierung der Weltagrarmärkte.“* (Lißmann, 2018)

Quantitativ oder qualitativ?

Geht es um Entwicklung, wird in Unternehmen nahezu immer vom Umsatz-, Gewinn- oder Cash-flow-Wachstum gesprochen. Gemeint ist damit der Größenzuwachs. Unternehmerisches Wachstum kann aber auch anders stattfinden als durch reine Erweiterung.

So kann mit Wachstum auch das Ergebnis eines Entwicklungsprozesses, beispielsweise die Verbesserung der Beschaffenheit der hergestellten Produkte und des kompletten Produktionsablaufs gemeint sein. Qualität betrifft dabei nicht nur das Material an sich, sondern die komplette Prozesskette (Umwelt, Nachhaltigkeit, Arbeitsablauf, usw.). Als Frage ausgedrückt: Geht es nur darum, gut zu sein, indem der Gewinn gesteigert wird und um damit beispielsweise die Anteilseigner „reicher" zu machen, oder schafft man „echte" Werte für Mitarbeiter, Kunden, Partner und die Gesellschaft? Auch wenn solche Kategorien nur schwer bis gar nicht quantitativ messbar sind, kann ihnen trotzdem ein qualitativer Wert beigemessen werden.
Bereits seit mehreren Jahren wird von Teilen der Gesellschaft ein Umdenken bezüglich eines „grenzenlosen Wachstums" gefordert. Diese Veränderung im Denken ist von der Sorge getragen, dass ein ungebremstes quantitatives Wachstum negative Auswirkungen auf den Menschen, in Bezug auf Lebensqualität, Gesundheit und Wohlbefinden, aber auch auf die Umwelt, hat. Über die Grenzen des Wachstums, über begrenzte Ressourcen, die bei einer gleichbleibenden exzessiven Wachstumsorientierung irgendwann aufgebraucht sein werden, wird bereits seit den 1970er-Jahren diskutiert. Vor allem in hochentwickelten Ländern gibt es immer mehr Menschen, die den Wachstumstrend in Frage stellen (Sternad & Mödritscher, 2018).

„Quantitativ zu wachsen bedeutet, größer zu werden. Qualitativ zu wachsen bedeutet, einen Entwicklungs- oder Entfaltungsprozess zu durchlaufen." (Sternad & Mödritscher, 2018)

Wirtschaftliches Wachstum

Wirtschaftliches Wachstum beschreibt die Zunahme ökonomischer Größen, bezogen auf Unternehmen oder private Haushalte in einem bestimmten Zeitverlauf. Es wird meist als prozentuale Veränderung in gewissen Zeitspannen, den sogenannten Wachstumsraten, angegeben (Bundeszentrale für politische Bildung, 2016). Die Veränderungen stehen immer in Relation zu voran gegangen Zeitspannen.

Wirtschaftliches Wachstum kann aber auch als die Zunahme der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft beschrieben werden (Schäfer, 2018).

Zur Bestimmung dieses Wachstums gibt es verschiedene Indikatoren. Wobei beim wirtschaftlichen Wachstum vor allem das Brutto-Inlandsprodukt und verschiedene Pro-Kopf-Größen (Einkommen €/Person) betrachtet werden (Bundeszentrale für politische Bildung, 2016).

Qualitatives Wachstum

> *„Die Summe aller Entwicklungsschritte, die dazu beitragen, dass ein Unternehmen in der Wahrnehmung der wesentlichen Anspruchsgruppen eine höhere Qualität in den Ergebnissen und als Voraussetzung dafür auch eine höhere Qualität im Handeln der Akteure im Unternehmen und bei den Partnern entlang der Wertschöpfungskette erreicht."*

Qualitatives und Quantitatives Wachstum müssen sich allerdings nicht gegenseitig ausschließen. (Sternad & Mödritscher, 2018)

Vorteile nach Sternad & Mödritscher (2018)

- Schaffung von Wettbewerbsvorteilen;
- Erzeugung zusätzlichen Kundenutzens;
- Steigerung des Deckungsbeitrages pro Leistungseinheit;
- Mögliche Nachhaltigkeitsverbesserung.

Nachteile, die sich daraus ergeben könnten

- Möglicher quantitativer Verlust (wenn auch nur über einen begrenzten Zeitraum);
    - Deckungsbeitrag sinkt;
- Versteifung in nicht erreichbare Ziele;
- Kunden können Mehrnutzen nicht erfassen, sind nicht bereit diesen zu entlohnen;
- Höhere Nachhaltigkeit eines Bereichs verschlechtert einen anderen.

3. Agrarpolitik und die Besonderheiten der Landwirtschaft

Der Agrarpolitik steht trotz ihrer Integration in die allgemeine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik eine gewisse Sonderstellung zu. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der Europäischen Union wurde für sie ein eigenes Zielsystem mit eigenständigem Instrumentarium, in einem autarken Resort geschaffen. Begründet wird diese Sonderstellung mit einer Reihe von Besonderheiten in der Produktion, den Marktbedingungen als auch den sozioökonomischen Verhältnissen, die die Landwirtschaft von den anderen Wirtschaftssektoren unterscheidet.

Einige der Besonderheiten, die die Landwirtschaft mit sich bringt, sind von grundsätzlicher – von bleibender – Art:

Standortabhängigkeit

Bei der bodengebundenen Wirtschaftsweise sind die Landwirte bei der Betriebsorganisation an ihre natürlichen Standortbedingungen gebunden. Diese haben Einfluss auf die jeweilige Wirtschaftsweise, die Anwendung der Technik und die Höhe der Naturalerträge. Das Ausnutzen von Wachstumsvorteilen (economy of scales) durch die Ausweitung des Produktionsvolumens ist begrenzt. Früher wurde wegen der natürlichen Abhängigkeiten ein permanenter Rückstand zu anderen Sektoren angenommen (Seibert, 2016).

Volatilität der Agrarmärkte

Die Ursachen für die hohe Instabilität der Agrarmärkte sind witterungsbedingte Ertragsschwankungen und die niedrigen kurzfristigen Preiselastizitäten der Nachfrage und des Angebots. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln schwankt im Allgemeinen nur bedingt. Daher führen Angebotsüberschüsse zu deutlichen Preissenkungen, während ein Angebotsrückgang sehr schnell zu entsprechendem Anstieg führt. Das größere Preisrisiko tragen dabei die Produzenten (Seibert, 2016).

Nationale Vorratshaltung

Traditionell

Weil die Pflanzenproduktion eine überwiegend saisonale Produktion aufweist, der Verbrauch aber laufend ist, muss eine Vorratshaltung und gewisse Marktregulierungen aufgebaut und aufrechterhalten werden. Dazu kommt, dass die Produktion aufgrund ihrer

langfristigen Produktionsprozesse nicht kurzfristig auf Änderungen der Marktnachfrage reagieren kann.
Die Ernährung der Bevölkerung stellt das wichtigste Grundbedürfnis dar. Aus diesem Grund sind Sicherheitsreserven von Nahrungsmitteln und Agrarmarktregulierungen grundsätzlich unumstritten.

Modern

Aus heutiger Sicht müssen die traditionellen Argumente differenzierter betrachtet werden.
Die Abhängigkeiten von den Naturkräften, Saisonalität und instabile Marktverhältnisse sind nicht nur für die Agrarwirtschaft prägend, sondern beispielsweise auch für die Bauwirtschaft und den Tourismus. Der technische Fortschritt und effiziente Produktionsmethoden sowie eine teilweise flächenunabhängige Wirtschaftsweise haben die ehemals engen natürlichen Abhängigkeiten deutlich gelockert.
Darüber hinaus muss die frühere Auffassung einer grundsätzlichen nationalen Vorratshaltung relativiert werden, denn die Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte in Europa und der Welt und die damit verbundenen Marktüberschüsse, Finanzlasten, Umweltgefährdungen sowie ein globaler Agrarmarkt auf dem nahezu ständig geerntet wird, einhergehend mit Handelskonflikten und Verteilungsproblemen zeigen dies deutlich und überlagern somit die rein nationale Betrachtung (Seibert, 2016).

Grundsätzlich ergibt eine Vorratshaltung aber immer, gerade unter Anbetracht wachsender Konflikte und einem sich verändernden Weltklima durchaus Sinn.

Marktstellung

Die Landwirtschaft hat eine durchweg schwache Marktstellung. Das liegt sowohl an der Vielzahl der produzierenden Betriebe als auch deren Ortsgebundenheit. Diesen Betrieben steht eine stark konzentrierte Abnehmermacht mit einer besseren Marktransparenz gegenüber. Das andere Ende der Handelskette ist die hohe Zahl der Kleinverbraucher, die ebenfalls nur eine schwache Position haben. Landwirte und Verbraucher haben demnach das Gefühl einer Marktohnmacht und haben zugleich die Erwartung, dass der Staat ihre Interessen schützen möge (Seibert, 2016).

Gesellschaftliche Leistungen

Für die ländlichen Räume und deren Entwicklung (wirtschaftlich, sozial und umweltbezogen) erfüllt die Landwirtschaft wichtige Funktionen. Die Gestaltung der Betriebe und die Art der jeweiligen Landnutzung beeinflusst unmittelbar die Lebensbedingungen vor Ort. Der Boden ist nicht nur ein reiner Produktionsfaktor, viel mehr unterliegt er als Lebensgrundlage der Gesellschaft besonderen Sozialbindungen. Über die Lebensumwelt großer Bevölkerungsteile, die Regelung des Naturhaushalts sowie die Gestaltung von Freizeit- und Erholungsgebieten entscheidet die Verteilung des Grundeigentums und die Gestaltung der Landschaft (Seibert, 2016).

Sektorale Anpassungsprobleme → Schrumpfung des Primärsektors (der eigentliche Agrarstrukturwandel)

Aufgrund der starken Sättigung in den Industrienationen folgt die Nachfrage nach Nahrungsmitteln nur unterproportional der Steigerung der Kaufkraft. Dieses Phänomen wird als „Engel'sches Gesetz"[4] bezeichnet. Gesättigte Märkte und durch den technischen Fortschritt entstandene Massenproduktionen führen zur Notwendigkeit Faktoren still zu legen bzw. andere Einkommensmöglichkeiten zu erschließen. Entspannt hat sich diese Situation erst mit einer stärkeren internationalen Nachfrage sowie der Schaffung neuer Verwendungsmöglichkeiten (z.B. Biomasse).
Durch sektorale Arbeitsteilung und deren Anpassungsprozesse hat die Landwirtschaft verschiedene Funktionen größtenteils abgegeben. Dazu gehören der Handel und die Verarbeitung von Agrarprodukten. Damit dient die Landwirtschaft vorrangig der Rohstoffproduktion und weniger der Herstellung fertiger Nahrungsmittel. Dabei liegt das deutlich höhere Wertschöpfungspotential in der Verarbeitung der Rohstoffe. Diese Tatsache führt in Folge dessen zum Wechsel von Arbeitskräften, Kapital und auch Boden in andere Sektoren. Daraus ergeben sich die schon beschriebenen Folgen der real sinkenden Agrarpreise, dem relativen Rückstand der Agrareinkommen, im Vergleich zu anderen Sektoren und zur Freisetzung von Faktoren, vor allem von Arbeitskräften (Seibert, 2016).

[4] **Engel´sches Gesetz:**
Der deutsche Statistiker Engel (1821-1896) wies nach, dass bei steigendem Einkommen eines privaten Haushalts dessen Nachfrage nach Nahrungsmitteln zwar absolut ansteigt, der relative Anteil des Einkommens für die Ernährung jedoch sinkt, weil zunehmend Sättigung eintritt. Daraus ergibt sich, dass die Einkommenselastizität der Nachfrage nach Nahrungsmitteln kleiner als 1 ist. Der Prozentanteil, den ein Haushalt für Ernährungszwecke aufwendet, wird auch „Engel-Koeffizient" genannt (Seibert, 2016).

Abbildung 3 Bruttowertschöpfung der vor- und nachgelagerten Bereiche im Vergleich

Wirtschaftsbereiche	Bruttowertschöpfung			Erwerbstätige		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016
	in Mrd. Euro			in 1.000		
Vorgelagerte Wirtschaftsbereiche	21,0	21,8	22,5	206	208	211
Landwirtschaft (einschl. Fischerei)	17,8	14,4	14,9	612	599	607
Nachgelagerte Wirtschaftsbereiche	125,5	135,1	139,6	3.708	3.751	3.801
Agribusiness zusammen	**164,4**	**171,3**	**177,0**	**4.526**	**4.558**	**4.618**
Alle Wirtschafts-bereiche	2.631,3	2.740,2	2.831,9	42.662	43.069	43.638
dar. Agribusiness in Prozent	***6,25***	***6,25***	***6,25***	***10,61***	***10,58***	***10,58***

v) vorläufig

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachhochschule Südwestfalen SB18-T11-1

Quelle: Deutscher Bauernverband, 2017

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU

Die Agrarpolitik Deutschlands ist keine eigenständige deutsche Politik, auch wenn der Staat gewisse Richtungen und Instrumentarien selbst regelt und seit 1955 mit dem Landwirtschaftsgesetz (LwG) ein eigenes Regelwerk besitzt. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) fasst die grundlegenden Tendenzen und Ziele für alle Mitgliedsstaaten der EU in Artikel 38 bis 44 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) zusammen. Artikel 38 AEUV legt fest, dass die Union eine gemeinsame Agrar- und Fischereipolitik arrangiert und diese durchführt. In Artikel 39 AEUV sind die Ziele der GAP festgeschrieben:

- Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts und durch bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte;
- Gewährleistung eines angemessenen Lebensstandards für die landwirtschaftliche Bevölkerung;
- Stabilisierung der Märkte;
- Sicherstellung der Versorgung;
- Sicherstellung angemessener Preise für die Verbraucher.

Diese Ziele wurden 1957 mit dem Vertrag von Rom und der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft festgelegt und sind seitdem unverändert geblieben. Bei der Gestaltung der Politik und ihrer anzuwendenden Methoden ist nach Absatz 2 des Artikel 39 zu berücksichtigen:

- Die besondere Eigenart der landwirtschaftlichen Tätigkeit, die sich aus dem sozialen Aufbau der Landwirtschaft und den strukturellen und naturbedingten Unterschieden der verschiedenen landwirtschaftlichen Gebiete ergibt;
- Die Notwendigkeit, die geeigneten Anpassungen stufenweise durchzuführen;
- Die Tatsache, dass die Landwirtschaft in den Mitgliedsstaaten einen mit der gesamten Volkswirtschaft eng verflochtenen Wirtschaftsbereich darstellt.

Außerdem werden unter diesem eigenständigen Politikressort die Zahlungen von und an die Länder geregelt. In dem von der EU gesteckten Rahmen können die Staaten ihre Ziele und Instrumentarien näher definieren. Zu den näher definierten Zielen gehören die Sicherung des hohen europäischen Standards in der Produktion von Lebensmitteln (und die damit verbundenen höheren Kosten), die Einkommenssicherung und -stabilisierung der Landwirte, die Sicherung und Vergütung für Leistungen der Landwirte an der Umwelt, der Landschaft und freiwilligen Maßnahmen, für die es keinen regulären Markt gibt (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2015).

Die Förderpolitik Deutschlands und der Europäischen Union

Deutschland stehen in der Förderperiode 2014 bis 2020 rund 6,2 Milliarden Euro aus EU-Mitteln zur Verfügung (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2015). Das landwirtschaftliche Fördermodel besteht aus zwei Säulen.

Die **1. Säule** beinhaltet die flächenabhängigen und artenunabhängigen Direktzahlungen. Diese erhält jeder Landwirt für jeden Hektar, der bewirtschaftet wird. Die Maßgaben, die erfüllt sein müssen, um diese Gelder zu erhalten, sind die Cross-Compliance-Anforderung und die 2015 eingeführten Greening-Maßnahmen, die auf mindestens 5% der Fläche umgesetzt werden müssen. Cross-Compliance ist ein Maßnahmenprogramm, dass aus zwei großen Blöcken besteht. Das sind zum einen die „Grundanforderungen an die Betriebsführung“ (GAB), darunter 13 für Landwirte geltende europäische Rechtsakte aus Umweltschutz, Tierschutz, Tierkennzeichnung und -registrierung, Tierseuchenbekämpfung, Futter- und Lebensmittelsicherheit und dem Pflanzenschutzmitteleinsatz. Zum anderen sind das Standards, die zur Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen in „gutem landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand“ beitragen. Derartige Standards sollen beispielsweise zur Erosionsminderung beitragen (z.B. Pflugeinsatz in Hanglagen) (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2017).
Die Basisprämie beträgt 2019 rund 175 €/ha, die Greening-Prämie 85 €/ha, für die ersten 30 ha werden 50 €/ha gezahlt, für weitere 16 ha 30 €/ha (diese beiden Zahlungen sollen die kleinen und mittleren Betriebe besser stellen) und für Landwirte bis 40 Jahre (Junglandwirteförderung) werden für 5 Jahre und maximal 90 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 44 €/ha gezahlt (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2015).
Für das Greening ist ein Gewichtungsfaktor zu berücksichtigen. Je nach angebauter Frucht auf den Greeningflächen, ist ein Werteverhältnis definiert. So werden z.B. 1 ha Leguminose (Luzerne, Klee) mit Faktor 0,7 bewertet. Daraus folgt, dass die tatsächliche Greeningfläche je nach Maßnahme einen deutlich größeren Flächenanteil als 5 % umfassen kann.

Beispiel: 100 ha Nutzfläche * 5% = 5 ha Greeningfläche

Leguminose = Faktor 0,7

5 / 0,7 = 7,14 ha

Somit müssen mindestens 7,14 ha Leguminosen angebaut werden, um die Förderung zu erhalten. Zum Vergleich: Bei einem Faktor von 0,3, wie er für den Zwischenfruchtanbau gilt, sind zum Erreichen der vollen Prämiengewährung 16,67 ha Zwischenfruchtanbau notwendig.

Die **2. Säule** beinhaltet Maßnahmen, die vorrangig der Entwicklung des ländlichen Raumes dienen sollen. Darin enthalten sind Aktionen für das Gemeinwohl, der Arterhaltung, des Naturschutzes oder Extensivierung von landwirtschaftlichen Flächen. Diese Maßnahmen werden in verschiedene, bundeslandabhängige Programme aufgeteilt, die unterschiedlich vergütet werden. Um die Gelder zu erhalten muss das Unternehmen zusätzliche Maßnahmen, die mit Mehraufwand oder Minderertrag verbunden sind, zusätzlich zu den Grundanforderungen der 1. Säule erfüllen.

Die Landwirtschaft und die Politik stehen in regelmäßigen Abständen wegen der Höhe der Prämienzahlungen in der Kritik. Die Kritik richtet sich dabei gegen die aktuelle Richtung der Politik und der Förderung der Großbetriebe, aufgrund der Flächenabhängigkeit der Zahlungen, durch die flächenstarke Unternehmen hohe Zahlungen erhalten. In diesem Zusammenhang hört und liest man von verschiedensten Parteien, die Forderung nach Obergrenzen der Auszahlung und/oder einer degressiven Staffelung der Prämie, mit dem Ziel, dass Betriebe mit „wenig“ Fläche in der Relation mehr Förderung pro Fläche erhalten als Betriebe mit einer hohen Flächenausstattung. Darüber hinaus ist immer wieder von der Förderung und dem Erhalt des bäuerlichen Familienbetriebes bzw. der bäuerlichen Landwirtschaft die Rede.[5]

[5] Siehe dazu unter anderem die Themen von CDU, SPD & Bündnis 90/Grüne.

4. Geschichtliche Entwicklung der Agrarstruktur in Deutschland

1900 - 1930

Anfang des 20. Jahrhunderts gab es noch keine eigenständige Agrarpolitik im Sinne von staatlichen Institutionen, wie es heute der Fall ist. Die innere Kolonisation wurde vom Deutschen Reich vorangetrieben, mit dem Ziel, bisher nicht genutzte Regionen nutzbar zu machen und so die Produktion auszuweiten, um mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten zu können. Dazu wurde unter anderem die preußische Ansiedlungskommission gegründet, die vor allem in den Provinzen Westpreußen und Posen mit systematischer Siedlungstätigkeit begann. Es wurde damit begonnen, privat gegründete Organisationen wie die Landwirtschaftskammern zu verstaatlichen.[6] Zu Beginn des 20. Jahrhunderts exportierte das Deutsche Reich vor allem Getreide und Fleisch. Trotzdem war es vor Kriegsbeginn zu etwa 20% auf Nahrungsmitteleinfuhren angewiesen. Mit Kriegsbeginn im August 1914 waren viele Handelsbeziehungen, vor allem zu England (Seeblockade) und Russland unterbrochen. Davon waren auch die Futtermittelimporte betroffen. Da man von einem kurzen Krieg ausgegangen war, gab es keine Vorratshaltung, wodurch es zu Problemen der Sicherung der Ernährung der einheimischen Bevölkerung und der Soldaten kam. Dazu kam, dass die einheimische Produktion aufgrund fehlender Arbeitskräfte (durch Militärdienst) - die nur teilweise durch Kriegsgefangene und Frauenarbeit kompensiert werden konnten, durch den Schwund von Pferden (ebenfalls für das Militär eingezogen), durch den Rückgang der Düngemittelversorgung sowie durch eine Missernte im Jahre 1916 deutlich zurückgegangen war. Folglich konnte die Ernährung der Bevölkerung nicht mehr sichergestellt werden. Dies führte zur Einführung des Kriegsernährungsamtes im Mai 1916. Deutlich zu spät, denn die Folge waren eine halbe Million Hungertote bis 1918 und eine hohe Zahl weitere durch eine Grippeepidemie im Winter 1918/1919. Der Krieg hatte lange Zeit Auswirkungen auf den Ernährungssektor im deutschen Reich. Erst 1927/28 konnte das Vorkriegsniveau bei den Erträgen und in der Produktion wieder erreicht werden (Fock, 2018).

[6] Die erste „Kammer für Landwirthschaft“ wurde 1849 in der Freien Hansestadt Bremen gegründet (Dornheim, 2011).

1931 - 1945

Um 1933 waren neun bis zehn Millionen Menschen in und um die Landwirtschaft tätig. Die Mechanisierung kam nur schleichend voran. Nur rund 1% der Betriebe hatte einen Ackerschlepper. Dafür war die Elektrifizierung weit vorangeschritten, sodass einzelne Mechanisierungsschritte in der Hofwirtschaft leichter möglich waren. Nachdem die Siedlungstätigkeit in den 1930er Jahren stark zurückgegangen war, sie aber am Anfang des 2. Weltkrieges noch weitergeführt wurde, kam es 1940 zur Einstellung.

Von 1919 bis 1940 wurden 83.400 Siedlerstellen mit insgesamt 1.401.000 ha Fläche begründet. Da man aus dem Scheitern des ersten Krieges gelernt hatte, richtete man schon vor Kriegsbeginn die Ernährungswirtschaft auf eine entsprechende Produktion und Vorratshaltung ein. Dies beinhaltete vor allem zentral gesteuerte Bewirtschaftung, Lagerung und Erfassung. Mit Kriegsbeginn wurde sofort mit der Nahrungsmittelbewirtschaftung begonnen. So konnte bis 1944/45 die Versorgung der Zivilbevölkerung weitestgehend aufrechterhalten werden (Fock, 2018).

Die zu diesem Zweck 1933 eingerichtete Organisation war der sogenannte Reichsnährstand. Er war eine körperschaftliche Institution unter der alle bis dahin existierenden Verbände, Betriebe, Landwirtschaftskammern und Personen zwangsvereinigt wurden. Mitte der 30er Jahre zählte er 17 Millionen Mitglieder und erstreckte sich über alle ernährungswirtschaftlichen Bereiche. Hauptaufgabe war die Regulierung der gesamten landwirtschaftlichen Marktordnung. Damit gelang es der deutschen Landwirtschaft, den Selbstversorgungsgrad von 68 % im Jahr 1928 auf 83 % im Jahr 1938 zu steigern. Die Konsequenz aus der Abschottung vom weltweiten Handel sorgte allerdings für erhebliche Preissteigerungen gegenüber dem Weltmarkt (Losher, 2015).

Nach dem 2. Weltkrieg musste neben der eigenen Bevölkerung eine sehr große Anzahl von Flüchtlingen und Vertriebenen versorgt werden (vor allem aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reichs). Dazu kam eine schwierige Ernährungssituation in den ersten Nachkriegsjahren (Hungerwinter 1946/47). Immer stärker werdende Konflikte zwischen den Siegermächten führten schließlich zum „Kalten Krieg“ und zur Teilung Deutschlands. Damit wurden zwei grundsätzlich verschiedene Richtungen in der Agrarpolitik eingeschlagen (Fock, 2018).

1945 – 1990 Ostdeutschland (sowjetische Besatzungszone und DDR)

Der Osten Deutschlands hat agrargeschichtlich vier große Umbrüche seit dem Ende des 2. Weltkrieges durchlaufen. Das hat dazu geführt, dass in 40 Jahren DDR ein Strukturwandel vollzogen wurde, der sonst, wenn überhaupt, nur in einer sehr viel längeren Zeitspanne möglich gewesen wäre. Im ersten Schritt wurden in der sowjetischen Besatzungszone im September 1945 die ehemaligen Güter und „Großgrundbesitzer", die mehr als 100 ha Land bewirtschafteten, mit der Bodenreform und unter dem Ausruf „Junkerland in Bauernhand" ersatzlos enteignet und die Flächen sogenannten Neubauernstellen zu je etwa 8 ha an Einheimische, Landarbeiter, Kriegsheimkehrer und Flüchtlinge verteilt. 1952 folgte mit dem „Klassenkampf", einer staatlichen Diskriminierungskampagne gegen Betriebe mit einer Fläche zwischen 20 und 100 ha der zweite strukturelle Umbruch. Mehr als 5.000 (erzwungene) Betriebsaufgaben waren die Folge. Viele der betroffenen Familien flüchteten vor allem in die BRD. Mit dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 endete die Kampagne und die Regierung steuerte gegen. Der „Aufbau des Sozialismus auf dem Lande" brachte 1952 mit der Gründung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften den dritten großen Umbruch. Zunächst auf freiwilliger Basis wurden vor allem die Neubauernstellen zusammengelegt, weil diese mangels landwirtschaftlicher Kenntnisse sehr unproduktiv waren. Später wurden auch viele bis dahin eigenständige Bauern „überzeugt", der LPG beizutreten. Mit dieser Zwangskollektivierung waren 1960 nahezu alle Betriebe kollektiviert. Der vierte Umbruch erfolgte in den 1970er Jahren, mit der Zusammenlegung mehrerer LPG'en zu jeweils einer Größeren, die nun sowohl die Tier- wie auch die Pflanzenproduktion beinhaltete.[7] Die bis zur Wende 1990 entstandenen Strukturen ließen sich nicht wie von der Politik angestrebt, wieder an die Struktur Westdeutschlands mit seinen vorrangig kleineren, familiengeführten Landwirtschaftsbetrieben angleichen (Fock, 2018).

[7] Die Bereiche Tier- und Pflanzenproduktion waren vorher getrennt voneinander ausgerichtet worden.

1945 – 1990 Westdeutschland (amerikanische, britische, französische Besatzungszone und BRD)

In Westdeutschland hatte in den Nachkriegsjahren vor allem das Wirtschaftswunder immense Auswirkungen auf den Strukturwandel in der Landwirtschaft. Sowohl der Einkommensdruck als auch der -abstand zu anderen Wirtschaftsbereichen nahmen stark zu. Verbunden mit einem starken technischen Fortschritt führte dies zu einem Wandel in den Betriebsgrößen und den Arbeitskräften. Mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957 begann auch der Ausbau einer gemeinsamen Agrarpolitik innerhalb Europas. Die Landwirtschaft war und ist in Westdeutschland schon immer kleinstrukturierter gewesen als im Osten. Die unter anderem darin begründeten niedrigen Produktionskapazitäten wurden durch kriegsbedingte starke Zerstörung noch verstärkt. Darüber hinaus belastete ein hoher Bevölkerungszuwachs von Flüchtlingen und Vertrieben die angespannte Ernährungssituation.

Wie in der sowjetischen Besatzungszone gab es auch in Westdeutschland eine Bodenreform. Diese war in Form einer progressiven Landabgabe, beginnend mit 2% ab einer Fläche größer 30 ha oder 10% ab einer Fläche größer 100 ha, eingeführt worden. Allerdings wurde diese nur bedingt umgesetzt. Nach 1945 wurde eine Zwangsbewirtschaftung und Preiskontrollen eingeführt, die unter dem ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer schrittweise wieder abgebaut wurden. In den 1950er Jahren war die deutsche Agrarpolitik mithilfe des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) von 1955 deutlich auf Preisstabilisierung und Subventionierung ausgerichtet worden, um die Produktion wieder hochzufahren. Damit konnte 1960 ein Selbstversorgungsgrad von 73% bei Getreide, 100% bei Trinkmilch, 63% bei Käse und 86% bei Fleisch erreicht werden. Es entstanden die ersten Überschussprobleme in Form von Butter- und Zuckerbergen. Von 1949 bis 1965 sank die Zahl der Betriebe um rund 400.000. Die Anzahl der Arbeitskräfte sank von 5,1 Millionen 1950 auf 1,7 Millionen im Jahr 1968 ab.

1968 wurde in der EWG der sogenannte „Mansholt-Plan“ eingeführt. Dieser vom Vizepräsidenten der EWG-Kommission Sicco Mansholt in Leben gerufene Plan sah vor, die agrarpolitischen Pläne (und Probleme) durch radikales Größenwachstum in den Griff zu bekommen. Die Agrarpolitik wurde von einer Markt- und Preispolitik auf eine Strukturpolitik umgestellt. Die Überschussprobleme konnten damit nicht gelöst werden. Zum Jahresende 1983 lagen rund 9 Millionen Tonnen Getreide, 410.000 t Rindfleisch, 990.000 t

Magermilchpulver, 855.000 t Butter und 25 Millionen Hektoliter Wein als Interventionsbestände in den Lagern. 1984 wurde die Milchquote eingeführt. Zu diesem Zeitpunkt ist die Zahl der Betriebe auf 733.000 zurückgegangen und die durchschnittliche Betriebsgröße auf 15,3 ha angestiegen. 1992 wurde schließlich mit den EU-Agrarreformen begonnen, welche zur Umwandlung der markt- und preispolitischen Maßnahmen in die heute wirkenden entkoppelten Direktzahlungen führten (Fock, 2018).

5. Status quo der Agrarstruktur in Deutschland

5.1. Betriebszahlen und Rechtsformen

2017 gab es in Deutschland rund 269.800 landwirtschaftliche Betriebe, mit einer Fläche, die größer war als 5 ha. Das ist ein Rückgang von 2 % gegenüber dem Vorjahr. Seit 2007 haben bis 2016 46.200 landwirtschaftliche Betriebe ihre Produktion eingestellt, was einem Anteil von 14,4 % entspricht. Pro Jahr schließen statistisch gesehen 1,7 % der Betriebe, woran sich erkennen lässt, dass sich die Geschwindigkeit des Agrarstrukturwandels etwas verlangsamt hat. So lag der Rückgang in den vergangenen Jahrzehnten bei etwa 3 %. Seit 2007 werden Betriebe mit einer Fläche unter 5 ha nicht mehr berücksichtigt. Unter der Annahme, dass die Zahl dieser Betriebe seitdem um die Hälfte zurückgegangen ist, liegt die Senkungsrate bei 2,4%. Von 2010 bis 2016 ist die Zahl der Betriebe um insgesamt 8 % gesunken. Die Anzahl der darin enthaltenen viehhaltenden Betriebe ging im selben Zeitraum fast doppelt so stark zurück. Deren Zahl sank in dem Zeitraum um 14 % von 216.100 im Jahr 2010 auf 185.200 im Jahr 2016 (Deutscher Bauernverband, 2017).

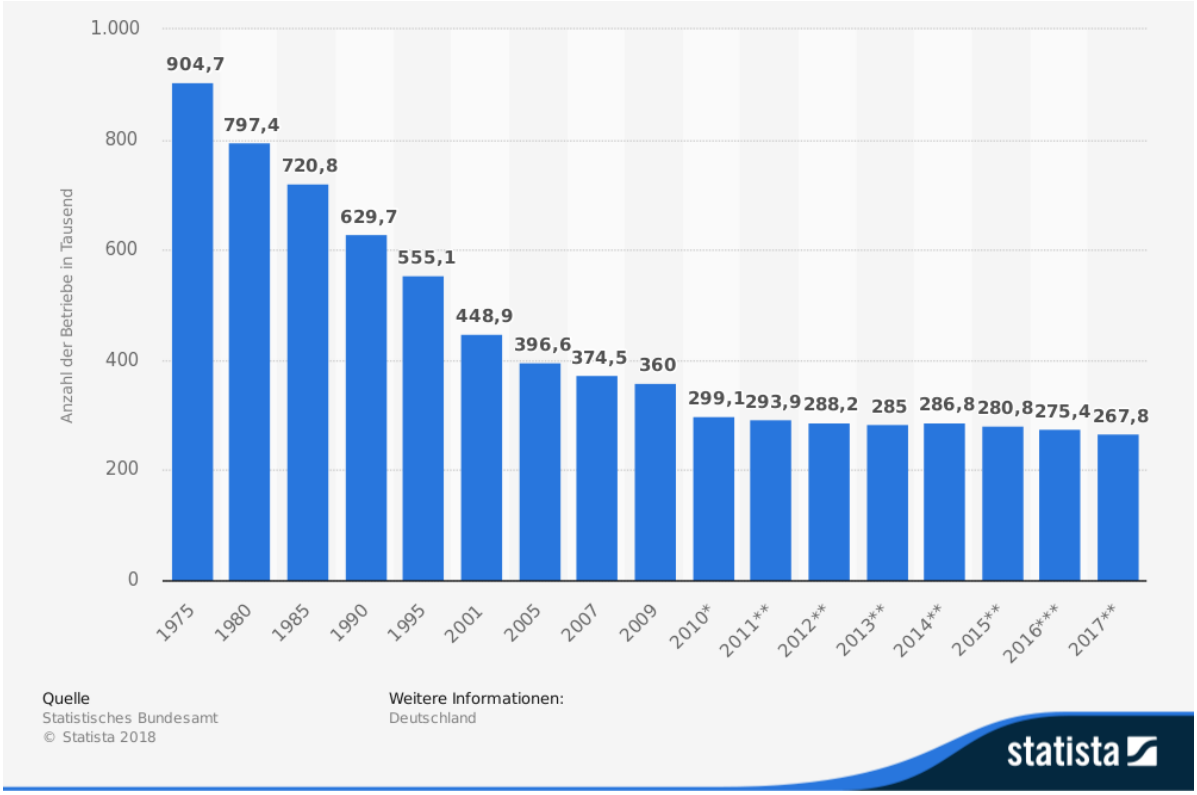
Abbildung 4 Agrarstrukturwandel nach Ost- und Westdeutschland 2007 & 2016

Agrarstrukturwandel 2007 bis 2016

Gebiet	Zahl der Betriebe ab 5 ha LF (in 1.000)		Jährliche Änderung in Prozent
	2007	2016	2016 zu 2007
Früheres Bundesgebiet	296,9	250,7	- 1,9
Neue Länder	24,8	24,7	- 0,1
Deutschland	**321,6**	**275,4**	**- 1,7**
Quelle: Statistisches Bundesamt			SB18-T33-3

Quelle: Deutscher Bauernverband, 2017

Abbildung 5 Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe 1975-2017 (in 1.000)



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2018

Von den 275.400 landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland werden 89 % in Form eines Einzelunternehmens, 9 % als Personengesellschaft und 2 % in Form einer juristischen Person geführt. Die juristischen Personen sind vor allem in den neuen Bundesländern ansässig. Während es im früheren Bundesgebiet 1.800 Unternehmen sind, sind es hier 3.700 derartige Unternehmen.

Sind die Einzelunternehmen und die eingetragenen Genossenschaften seit 1999 rückläufig, so hat die Zahl der Personengesellschaften (v.a. der GbR) und die der juristischen Personen (v.a. GmbH) stetig zugenommen. Waren es 1999 noch 16.148 Personengesellschaften, stieg die Zahl bis 2016 auf 25.703 Unternehmen an. Die Anzahl der GbR stieg dabei von 13.777 auf 21.274 Unternehmen an, was vor allem in Westdeutschland stattfand. Juristische Personen waren 1999 5.419 und 2016 5.477 Unternehmen eingetragen, was keine große Veränderung zu sein scheint. Allerdings ging die Zahl der Genossenschaften von 1.366 auf 1.027 zurück, während die Anzahl der GmbHs von 2.407 auf 3.287 Unternehmen anstieg (Deutscher Bauernverband, 2017).

Abbildung 6 Landwirtschaftliche Betriebe nach Rechtsform 2016

Rechtsform	Betriebe		Fläche		Durchschnittl. Betriebsgröße (ha LF)
	Zahl in 1.000	Anteil in Prozent	LF in 1.000 ha	Anteil in Prozent	
			Früheres Bundesgebiet		
Einzelunternehmen	225,9	90,4	9.144,7	82,3	40
Personengesellschaften	22,1	8,9	1.855,1	16,7	83
Juristische Personen	1,8	0,7	114,5	1,0	64
Betriebe insgesamt	**249,9**	**100,0**	**11.114,3**	**100,0**	**44**
			Neue Länder		
Einzelunternehmen	17,6	71,5	1.518,4	27,5	86
Personengesellschaften	3,7	13,6	1.231,7	22,3	366
Juristische Personen	3,7	14,9	2.770,0	50,2	755
Betriebe insgesamt	**24,7**	**100,0**	**5.520,1**	**100,0**	**224**
			Deutschland		
Einzelunternehmen	244,2	88,7	10.682,4	64,1	44
Personengesellschaften	25,7	9,3	3.091,3	18,6	120
Juristische Personen	5,5	2,0	2.885,3	17,3	527
Betriebe insgesamt	**275,4**	**100,0**	**16.658,9**	**100,0**	**60**

Quelle: Statistisches Bundesamt SB18-T34-1

Quelle: Deutscher Bauernverband, 2017

Abbildung 7 Landwirtschaftliche Betriebe nach Bundesländer 2016

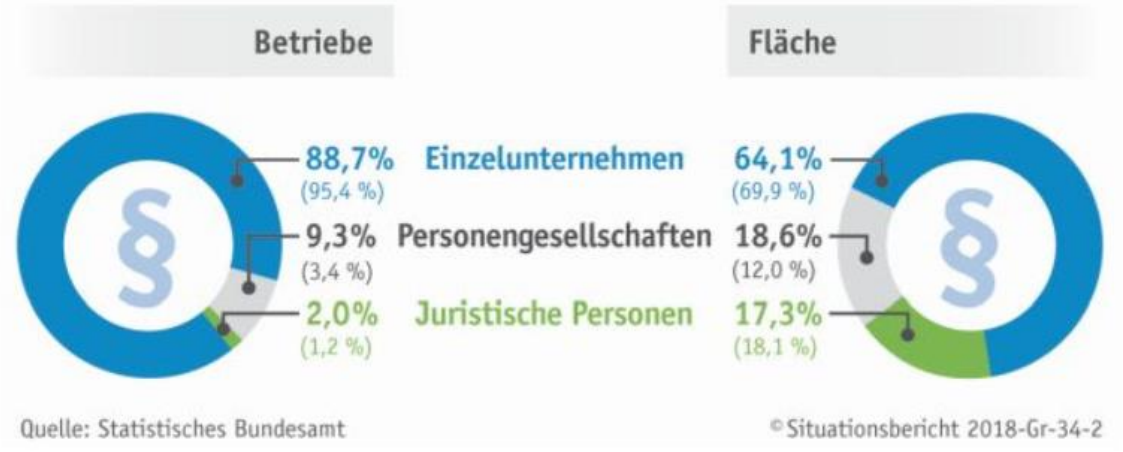
- Betriebe ab 5 ha LF, Bodennutzungshaupterhebung 2016 -

Gebiet	Zahl der Betriebe in 1.000	Anteil in %	LF in 1.000 ha	Anteil in %	LF in ha je Betrieb
Baden-Württemberg	40,6	14,7	1.416,0	8,5	34,9
Bayern	90,2	32,7	3.125,4	18,8	34,7
Brandenburg	5,3	1,9	1.315,5	7,9	247,4
Hessen	16,3	5,9	767,3	4,6	47,2
Mecklenburg-Vorpommern	4,9	1,8	1.347,6	8,1	274,9
Niedersachsen	37,8	13,7	2.598,2	15,6	68,7
Nordrhein-Westfalen	33,7	12,2	1.440,5	8,6	42,8
Rheinland-Pfalz	17,5	6,4	698,8	4,2	40,0
Saarland	1,2	0,4	77,8	0,5	64,1
Sachsen	6,5	2,4	903,5	5,4	139,4
Sachsen-Anhalt	4,3	1,6	1.174,5	7,1	270,1
Schleswig-Holstein	12,7	4,6	990,4	5,9	77,9
Thüringen	3,6	1,3	779,0	4,7	216,0
Stadtstaaten	0,8	0,3	24,5	0,1	29,8
Deutschland	**275,4**	**100,0**	**16.658,9**	**100,0**	**60,5**

Quelle: Statistisches Bundesamt SB18-T33-2

Quelle: Deutscher Bauernverband, 2017

Abbildung 8 Verteilung der Rechtsformen 2016 (in Klammern 1999)



Quelle: Deutscher Bauernverband, 2017

Abbildung 9 Rechtsformen und deren Flächenanteile in Hektar

Agrarstruktur – Personengesellschaften und juristische Personen

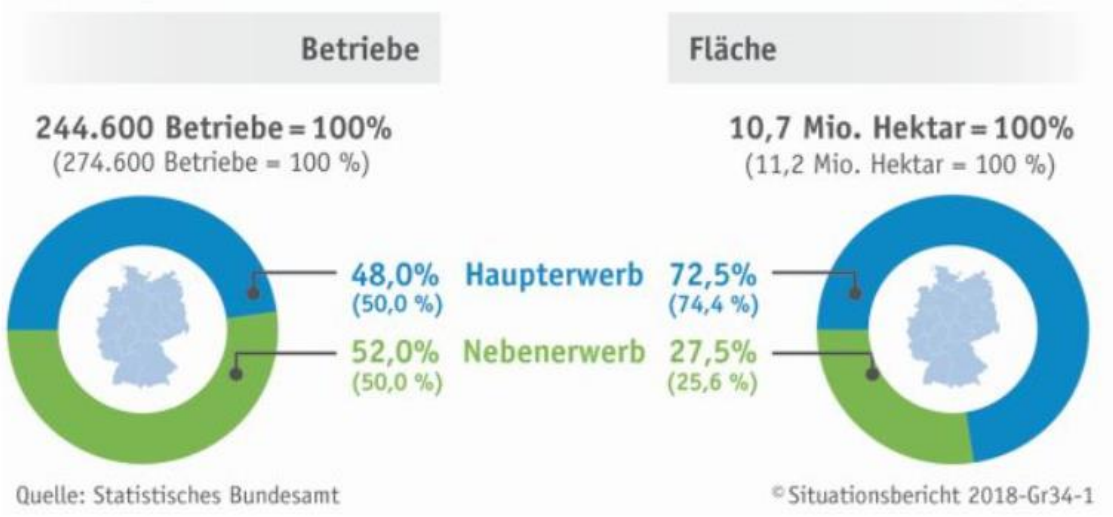
	1999	2010	2016
Deutschland			
Personengesellschaften	16.148 (12,0)	21.042 (15,9)	25.703 (18,6)
dar. GbR	13.777 (9,5)	17.639 (12,4)	21.274 (14,4)
Juristische Personen	5.419 (18,1)	5.062 (17,7)	5.477 (17,3)
dar. Genossenschaften	1.366 (10,0)	1.087 (8,3)	1.027 (7,7)
dar. GmbH	2.407 (7,1)	2.841 (8,3)	3.287 (8,6)
dar.: Neue Länder			
Personengesellschaften	3.199 (23,5)	3.204 (22,3)	3.366 (12,3)
dar. GbR	2.679 (15,8)	2.412 (14,1)	2.425 (13,3)
Juristische_Personen	3.248 (53,7)	3.528 (51,3)	3.670 (50,2)
dar. Genossenschaften	1.205 (30,4)	983 (24,9)	925 (23,1)
dar. GmbH	1.755 (21,5)	2.246 (24,5)	2.455 (25,2)
(in Klammern Anteil der Flächen an der Gesamt-LF)			
Quelle: Statistisches Bundesamt			SB18-T34-2

Quelle: Deutscher Bauernverband, 2017

64 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands wird von Einzelunternehmen bewirtschaftet. Die durchschnittliche Betriebsgröße liegt bei 44 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Allerdings reicht die Spanne von 32 ha in Baden-Württemberg und Bayern bis 130 ha in Mecklenburg-Vorpommern. Juristische Personen verfügen durchschnittlich über 527 Hektar, Personengesellschaften über 120 Hektar.

Die Form des Einzelunternehmens lässt sich nach dem Erwerbscharakter in Haupterwerb und Nebenerwerb unterscheiden. Dabei bezieht der Betriebsleiter im Haupterwerb über 50 % seiner Einkünfte aus dem landwirtschaftlichen Betrieb und bei Nebenerwerb weniger als 50 % (Deutscher Bauernverband, 2017).

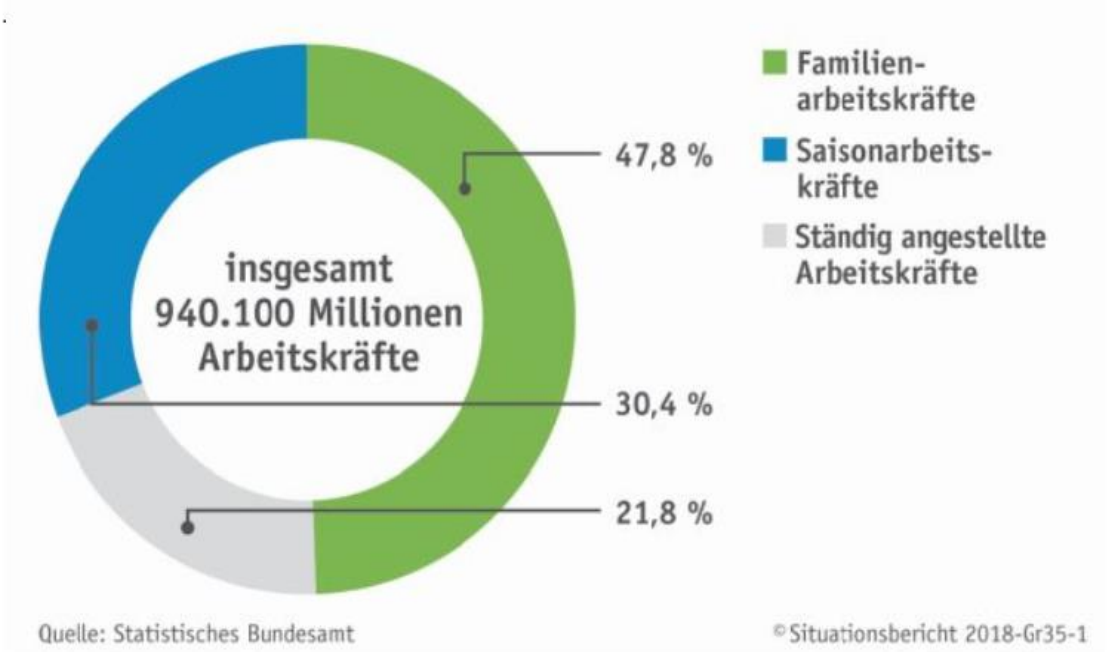
Abbildung 10 Landwirtschaftliche Einzelunternehmen nach deren Erwerbscharakter 2016 (in Klammern 2010)



Quelle: Deutscher Bauernverband, 2017

5.2. Arbeitskräfte

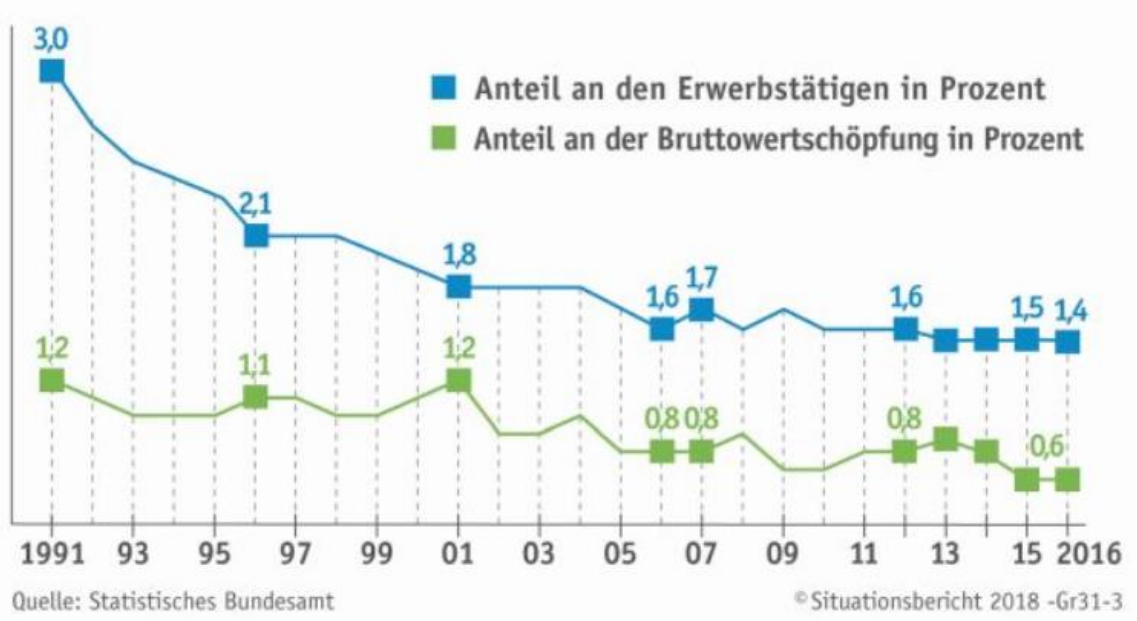
Abbildung 11 Landwirtschaftliche Erwerbstätige 2016



Quelle: Deutscher Bauernverband, 2017

Zur Agrarstrukturerhebung 2016 arbeiteten 940.100 Arbeitskräfte in der deutschen Landwirtschaft. Davon waren der überwiegende Teil mit rund 449.100 (48 %) Familienarbeitskräfte, 204.600 waren Festangestellte und 286.300 Saisonarbeitskräfte angestellt. Bedingt durch die moderne Technik und die damit verbundenen Effizienz- und Produktivitätssteigerungen geht seit Jahren die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft zurück. Von 2010 bis 2016 sank die Zahl der Angestellten um etwa 13 % und die der Familienarbeitskräfte um 19 % (Deutscher Bauernverband, 2017).

Abbildung 12 Anteil der Landwirtschaft an der Beschäftigung und der Bruttowertschöpfung



Quelle: Deutscher Bauernverband, 2017

Ausbildungsstand

Zur Landwirtschaftszählung 2013 verfügten 68% aller landwirtschaftlichen Betriebsleiter beziehungsweise Geschäftsführer über eine abgeschlossene landwirtschaftliche Berufsausbildung. 11% davon besaßen einen Hochschulabschluss (Deter, 2015).

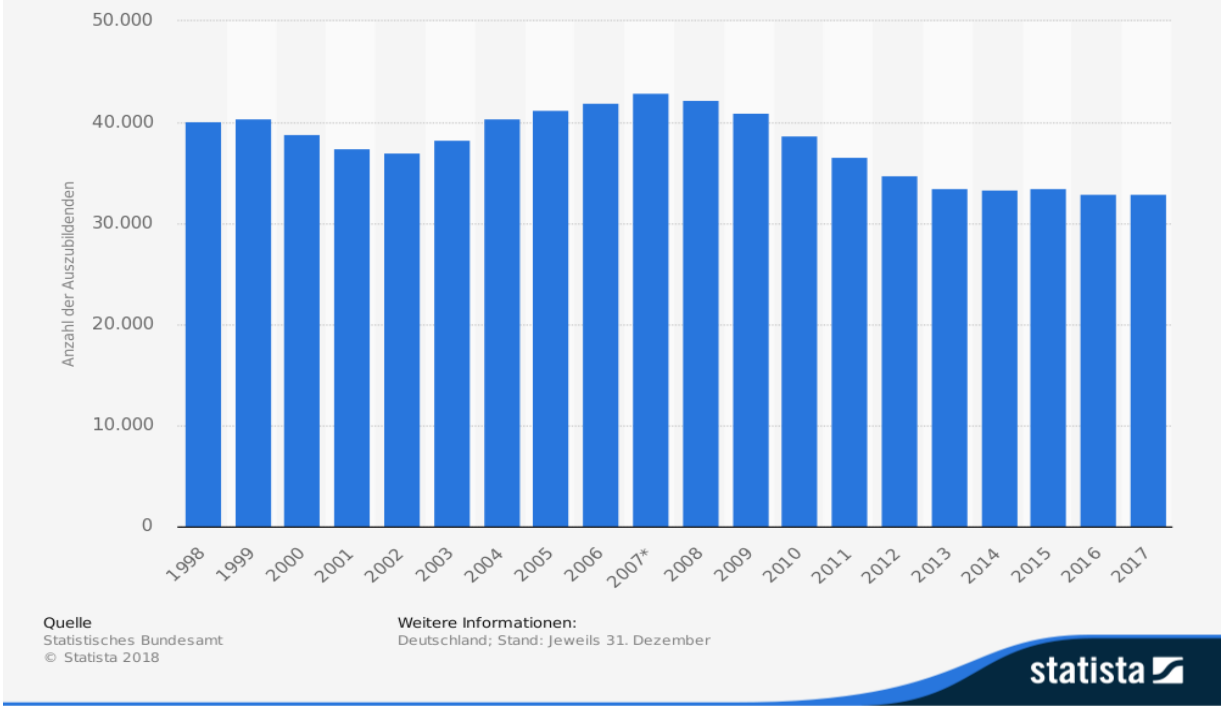
Von 2007 bis 2017 ist die Anzahl der Auszubildenden im Beruf Landwirt annähernd konstant geblieben. Waren es 2007 ca. 9.800 Auszubildende, sank die Zahl bis 2012 auf 8.496 und stieg bis 2017 wieder auf 9.309 Ausbildungsverhältnisse an.

Im gesamten Bereich der Landwirtschaft schwankte die Anzahl der Lehrlinge von 40.000 im Jahr 1998 über 43.000 2007 hin zu etwa 34.000 2017. Der Frauenanteil bei den Auszubildenden lag 2016 bei 22,3 % und ging seit 1992 um etwa 13% zurück. Damals lag der Anteil an Frauen, die eine Ausbildung im Bereich der Landwirtschaft machten, noch bei 35,7%.

Die Zahl der Studierenden hat in den vergangenen Jahren stetig zugenommen und lag im Wintersemester 2017/2018 bei 63.579. Davon belegten 17.436 die Fächer Agrarwissenschaft und 2.053 Agrarökonomie. Im Wintersemester 1998/1999 lag die Zahl deutlich niedriger bei 9.178 bzw. 391 (Statista, 2018). Ausschlaggebend könnte sein, dass in den

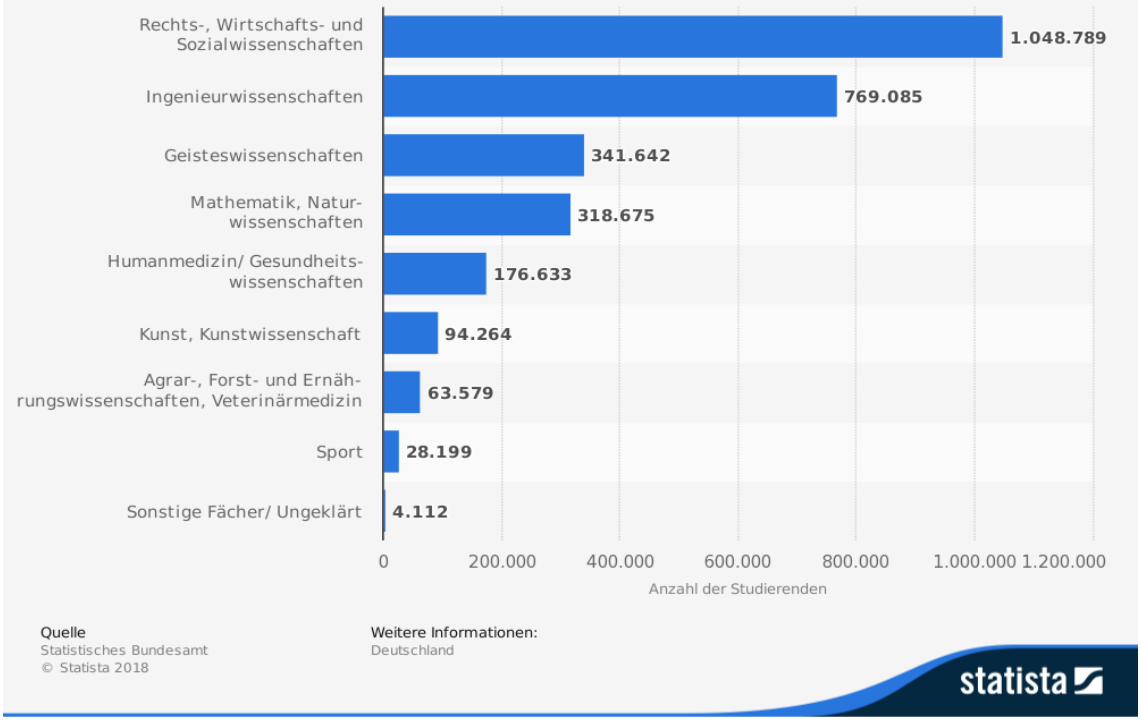
meisten Bundesländern die Studiengebühren entfallen sind und der Bafög-Satz angestiegen ist, was Menschen ein Studium ermöglicht, denen dies aus finanziellen Gründen bislang nicht möglich war.

Abbildung 13 Anzahl der Auszubildenden in der Landwirtschaft in Deutschland in den Jahren 1998 bis 2017



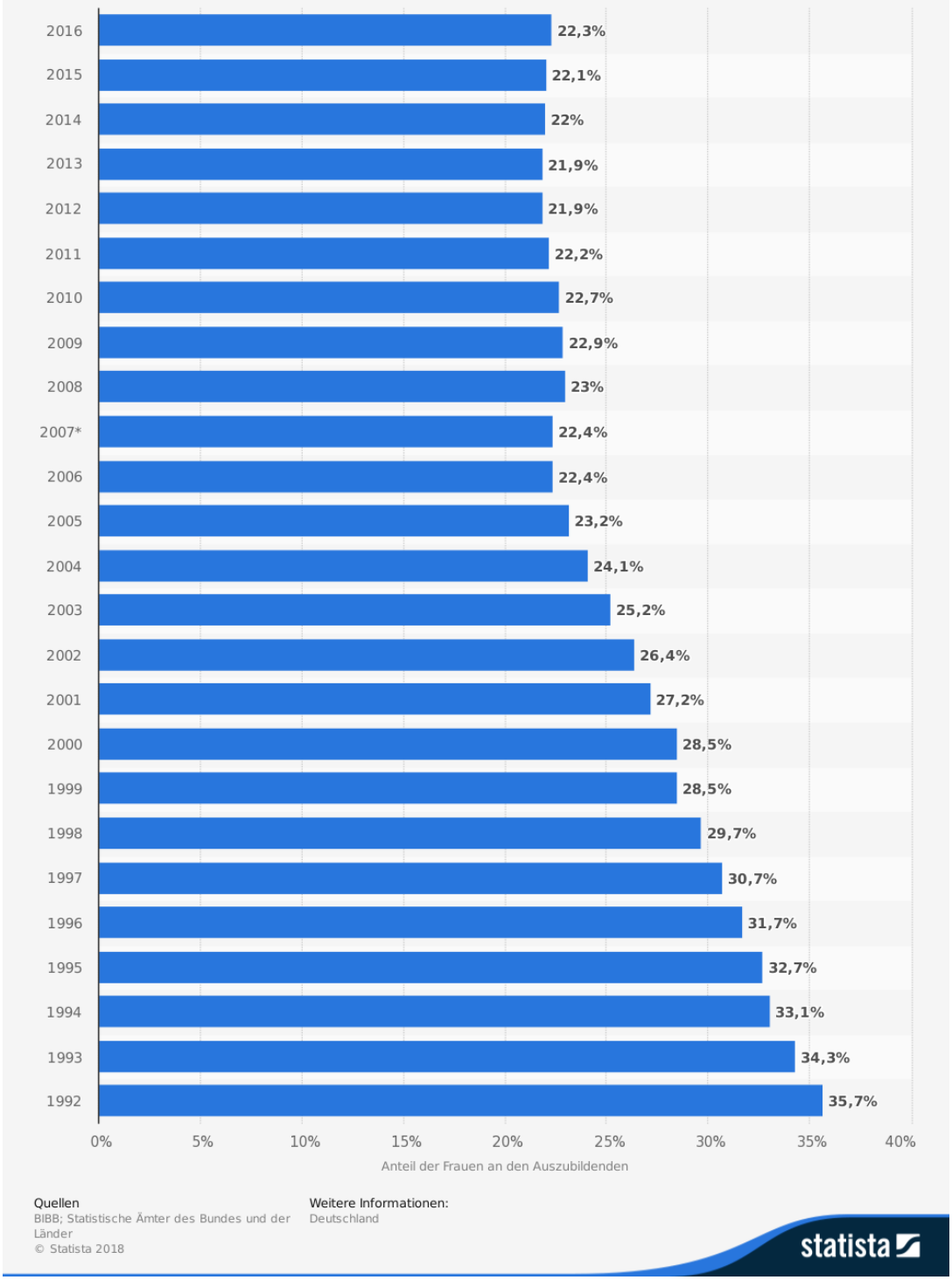
Quelle: Statista, 2018

Abbildung 14 Anzahl der Studierenden in Deutschland im Wintersemester 2017/2018 nach Fächergruppen



Quelle: statista, 2018

Abbildung 15 Frauenanteil an den Auszubildenden im Bereich Landwirtschaft in Deutschland von 1992 bis 2016



Quelle: Statista, 2018

5.3. Kapitaleinsatz

Die Landwirtschaft ist in Deutschland einer der kapitalintensivsten Wirtschaftszweige. Gemessen an den Kosten eines Arbeitsplatzes, stehen 536.100 €/Arbeitskraft zu Buche, während in der Industrie 313.800 € je Beschäftigten investiert werden. Der Anteil an fremdfinanziertem Sachkapital ist mit 32 % im Vergleich zu gewerblichen Unternehmen dagegen relativ gering.

Im Juni 2017 hatten die landwirtschaftlichen Unternehmen einen Fremdkapitalbestand von 51 Milliarden Euro. Etwa 83 % davon waren langfristige Kredite und somit Teil größerer Investitionen. Lediglich 17 % waren Kredite mit kurz- oder mittelfristigen Laufzeiten (Deutscher Bauernverband, 2017).

Abbildung 16 Kapitaleinsatz verschiedener Wirtschaftsbereiche je Erwerbstätigen

	Kapitaleinsatz 1) je Erwerbstätigen in Euro		Veränderung in Prozent
	1996	2016	1996-2016
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	294.500	536.100	+82
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	220.800	313.800	+42
Baugewerbe	29.900	41.400	+38
Handel, Verkehr Gastgewerbe	79.600	128.200	+61
Deutsche Wirtschaft insgesamt	265.400	408.100	+54

1) Bruttoanlagevermögen (ohne Boden) zu Wiederbeschaffungspreisen

Quelle: Statistisches Bundesamt © Situationsbericht 2018-Gr31-2

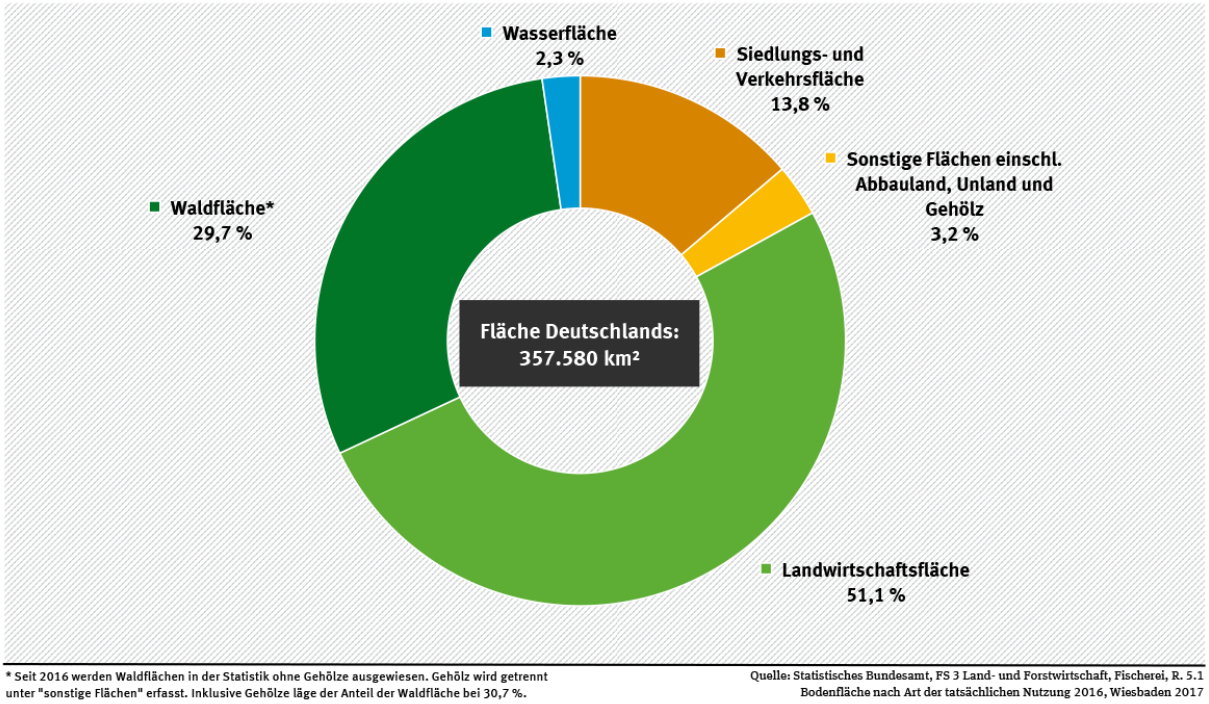
Quelle: Deutscher Bauernverband, 2017

5.4. Boden

2016 hatte Deutschland eine Gesamtfläche von 357.580 km² oder 3.575.800.000 ha. Davon wurden 51,1 % landwirtschaftlich genutzt, was einer Fläche von 182.637 km² oder 1.826.370.000 ha entspricht. Seit 2016 werden Moore und Heideflächen nicht mehr dazu gezählt, sondern zählen seitdem zu den sonstigen Flächen. Die Areale, die mit Wald und Gehölz bewachsen waren, wiesen 30,7 % bzw. 109.872 km² oder 1.098.720.000 ha, auf. Den drittgrößten Anspruch haben die Siedlungs- und Verkehrsflächen. Deren Einzug betrug 2016 49.254 km² oder 492.540.000 ha, bzw. 13,8 % des Staatsgebiets. Die übrige Fläche Deutschlands wird von Gewässern und sonstigen Flächen (Abbauflächen, Unland, Militärgelände, Halden, Moore, usw.) eingenommen.

Der Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist kontinuierlich rückläufig. Die Medien verwenden dafür des Öfteren das Schlagwort „Flächenfraß“. Von 2000 bis 2016 sank der Anteil von 53,5 auf 51,1 % was einem Verlust von 6.970 km² oder 69.700.000 ha entspricht. Darin sind auch die seit 2016 nicht mehr der landwirtschaftlichen Nutzfläche zugeordneten Moore und Heideflächen berücksichtigt. Dagegen sind die Siedlungs- und Verkehrsflächen im selben Zeitraum um 5.315 km² bzw. 53.150.000 ha gewachsen (Umweltbundesamt, 2018).

Abbildung 17 Flächennutzung in Deutschland (Stand 2016)



Quelle: Umweltbundesamt, 2018

Ein bedeutender Kritikpunkt im Zusammenhang mit dem „Flächenfraß“ ist, dass vielerorts neue Siedlungs-, Industrie- und Verkehrsflächen ausgeschrieben werden, obwohl Flächen ungenutzt brach liegen, bebaut sind oder deren Aufwertung, gerade im Straßenbau, aufgrund bestimmter Normen und Vorschriften nicht ausgeführt werden kann und deshalb ein Neubau vorgenommen werden muss.

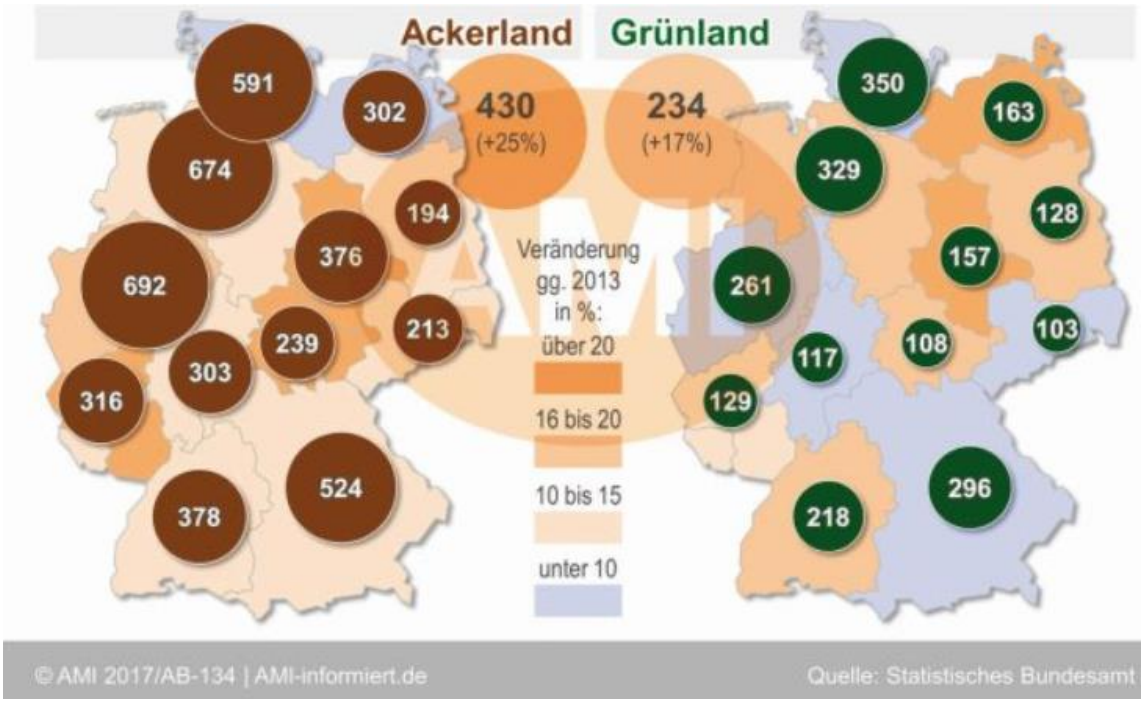
2015 waren 19,4 Millionen Hektar notwendig, um alle in Deutschland konsumierten Ernährungsgüter anzubauen und herzustellen. Davon werden nur 14,2 Millionen Hektar für den Anbau von Nahrungsmitteln genutzt. Wird diese Fläche noch um die Flächenanteile bereinigt, die in den Lebensmittelexport fließen, bleiben ca. 7,0 Millionen Hektar für die heimische Produktion übrig (Umweltbundesamt, 2018).

Der Bodenmarkt in Deutschland

2016 verfügten die landwirtschaftlichen Betriebe über eine Flächenausstattung von 60,5 Hektar. Da der Produktionsfaktor Boden ein stark begrenzter Faktor ist, liegt die Nachfrage auf einem hohen Niveau. Was dazu führt, dass die Bodenpreise weiter ansteigen. Dieser Trend ist allerdings stark standortabhängig. Im Bundesdurchschnitt stiegen die Preise 2016 um 14 % im Vergleich zu 2015 auf 22.300 €/ha. Damit hat sich der Preis je Hektar seit 2010 nahezu verdoppelt. Die Schwankungen fallen je nach Standort sehr unterschiedlich aus. So fiel der Preis in Brandenburg um 16 % und in Thüringen um 7 %, während er in Sachsen und Nordrhein-Westfalen um 15 % anstieg. Der tatsächliche Kaufpreis variiert je nach Standort, Bodengüte oder Nutzungsart sehr stark. Während für einen Hektar im Saarland 9.400 € gezahlt werden, liegt der Kaufpreis in Oberbayern teils bei 89.100 € je Hektar.
Verkauft wurden 2016 rund 88.000 Hektar, 26.200 Hektar (23 %) weniger als 2015.
Zur Agrarstrukturerhebung 2016 waren 58,95 % der Agrarflächen gepachtet, 39,6 % Eigentumsflächen und 1,9 % wurden den Landwirten unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Wie die Verkaufspreise sind auch die Pachtpreise regional stark differenzierend und in den vergangen Jahren stark angestiegen. Seit 1992 haben sich die Ausgaben für Pacht verdoppelt und betrugen im Jahr 2016 2,8 Milliarden Euro. Die Durchschnittspacht für die 9,8 Millionen Hektar Pachtland lag in Deutschland 2016 bei 288 €/ha. Die Preise für Ackerland sind dabei fast doppelt so hoch wie für Grünland. Die höchsten Pachtpreise für Ackerland werden mit knapp 700 € in Nordrhein-Westfalen gezahlt. Etwa 200 € sind

es in Brandenburg und Sachsen. Beim Grünland liegen die Preise für Neupachten zwischen 350 € in Schleswig-Holstein und ca. 100 €/ha in Sachsen, Thüringen und Hessen. Die Pachthöhen orientieren sich an verbesserten Bodenfruchtbarkeiten, am fortschreitenden Flächenverbrauch, höheren Erlöserwartungen sowie gewissen Standortvoraussetzungen wie beispielsweise Biogasstandorten oder Gemüsebauregionen (Deutscher Bauernverband, 2017).

Abbildung 18 Preise für Neupachten 2016 (in €/ha)



Quelle: Deutscher Bauernverband, 2017

Abbildung 19 Jahrhundertvergleich

Landwirtschaft im Jahrhundertvergleich – Wirtschaftskennziffern

Kennziffer	Einheit	1900	1950	2000	2016
Nutzfläche je Einwohner	ha/Einw.	0,63	0,29	0,21	0,20
Erwerbstätigenanteil	Prozent	38,2	24,3	2,5	1,4
Anteil an Bruttowertschöpfung	Prozent	29,0	11,3	1,2	0,6
Arbeitskräftebesatz (AK)	AK/100 ha	30,6	29,2	3,6	2,9

Angaben für 1950 beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet

Quelle: Statistisches Bundesamt SB18-T12-1

Quelle: Deutscher Bauernverband, 2017

5.5. Der Einfluss von Fremdinvestoren in landwirtschaftlichen Unternehmen

Das Thünen-Institut hat 2013 eine Arbeit veröffentlicht, die sich mit der Kapitalbeteiligung von Investoren an landwirtschaftlichen Unternehmen beschäftigte. Dabei befragte man insgesamt 46 Experten, darunter Immobilienmakler, Bankenvertreter, Steuerberater, Verbände, etc.

Die Experten schätzen die Landwirtschaft (vor allem die ostdeutsche) nach wie vor als lohnendes Investitionsziel ein. Gerade bei einem Zinsniveau wie 2018 sind die Renditen, die sich aus der Verpachtung von Boden ergeben, wesentlich attraktiver als in anderen Wirtschaftsbereichen. Die Bedeutung einer Kapitalbeteiligung nichtlandwirtschaftlicher Firmen an landwirtschaftlichen Unternehmen scheint nach Einschätzung der Experten eine geringe bis mittlere Rolle zu spielen. Ein Interviewpartner meinte dazu:

> *„Der Erwerb von Unternehmensbeteiligungen (unter 50 %) spielt insgesamt kaum eine Rolle. Bei den wenigen Fällen haben stille Beteiligungen mit einer vertraglichen Vereinbarung über die Verzinsung des Kapitals oder Mitspracherechte eine größere Bedeutung. Einige erwerben zumindest eine 25-%-Beteiligung (Sperrminorität). Der Erwerb von Anteilen ist in der Praxis darauf ausgerichtet, gleich die Mehrheit am Unternehmen zu erwerben und damit die Richtung bestimmen zu können. Dies geschieht bei Genossenschaften ebenso wie bei anderen Gesellschaften."* (Forstner & Tietz, 2013)

Konkrete Beispiele oder gar Zahlen zu Kapitalbeteiligungen von Nichtlandwirten konnte oder wollte keiner der Befragten nennen.
Unter den Investitionen spielt der Erwerb von GmbH-Anteilen in der Praxis nach Einschätzung der Experten auch in anderen Wirtschaftsbereichen die größte Rolle.[8] Eine maßgeblichere Bedeutung wird von einigen Experten der Gewährung von Krediten und Sicherheiten eingeräumt. Vor allem zwischen ortsansässigen Nichtlandwirten (und po-

[8] Im Vergleich zu eG- haben GmbH-Anteile den Vorteil, dass die Renditen meist höher sind, und dass jeder Euro Beteiligung auch einen Stimmenzuwachs und damit Entscheidungsgewalt mit sich bringt. Aufgrund der Tatsache, dass jeder Genosse unabhängig seiner Anteile nur eine Stimme hat, ist die eG für Investoren in aller Regel uninteressant (Menges, 2017).

tenten landwirtschaftlichen Betrieben) und Agrarunternehmen kommt es zu hin und wieder zu derartigen Beziehungen. Vereinzelt wird dieser Schritt auch als Vorstufe zu einer regelrechten Beteiligung genutzt.

Die stille Beteiligung kommt nur selten vor. Lediglich in Einzelunternehmen fungieren sie als Unterstützung durch Familienangehörige, Freunde oder Bekannte. Laut den Aussagen der befragten Experten gäbe es den externen Investor in einer stillen Beteiligung praktisch nicht. Öfter kommt dagegen als „spezielle Art der Unternehmensbeteiligung“ der Kauf von betrieblichen Flächen mit gleichzeitig langfristiger Rückpacht vor. Die interessantesten Betriebszweige für Investoren sind vor allem Ackerbaubetriebe, die eine umfangreiche Flächenausstattung sowie mit einfacher Produktionsstruktur lukrative Gewinne aufweisen. Tierhaltungsbetriebe und Biogaserzeugung spielt dagegen fast nur bei Branchenkennern und Spezialisten eine Rolle. Vermögende Privatanleger bilden die größte Gruppe der außerlandwirtschaftlichen Investoren (Forstner & Tietz, 2013).

Eine ähnliche Studie wurde 2017, ebenfalls vom Thünen-Institut, veröffentlicht. Unter dem Namen „Überregional aktive Kapitaleigentümer in ostdeutschen Agrarunternehmen: Entwicklungen bis 2017“ wird auch Bezug auf die obige, 2013 veröffentlichte Studie genommen.

Insgesamt wurden dabei in zehn Fallregionen 853 Unternehmen untersucht. Je Region liegt die Zahl zwischen 38 und 201. Die Unternehmen bewirtschafteten rund 709.000 ha landwirtschaftliche Flächen, was 56 % der gesamten landwirtschaftlichen Flächen der untersuchten Landkreise entspricht. Die meisten überregional aktiven, landwirtschaftsnahen und nichtlandwirtschaftlichen Investoren sind in Mecklenburg-Vorpommern zu finden. Danach folgen Brandenburg und Sachsen (wobei nichtlandwirtschaftliche Investoren hier eine sehr geringe Rolle einnehmen). Thüringen und Sachsen-Anhalt haben gleichniedrige Anteile an überregional aktiven Investoren.

Tabelle 1 Mehrheitseigentümer in juristischen Personen, Stand 2017

Fallregionen (je 2 Landkreise) in	Regional aktive Eigentümer		Überregional aktive Investoren					
			Landwirtschaftsnah		Nichtlandwirtsch.		Insgesamt	
	% der Untern.	% der LF	% der Untern.	% der LF	% der Untern.	% der LF	% der Untern.	% der LF
Mecklenburg-Vorpommern	59 %	66 %	22 %	14 %	19 %	20 %	41 %	34 %
Brandenburg	64 %	71 %	20 %	13 %	16 %	16 %	36 %	29 %
Sachsen-Anhalt	78 %	85 %	13 %	8 %	9 %	7 %	22 %	15 %
Thüringen	77 %	85 %	9 %	6 %	14 %	9 %	23 %	15 %
Sachsen	68 %	81 %	28 %	18 %	4 %	1 %	32 %	19 %
Insgesamt	66 %	75 %	20 %	13 %	14 %	12 %	34 %	25 %

Quelle: Tietz, 2017

Die landwirtschaftsnahen Investoren haben insgesamt deutlich höhere Anteile, als die nichtlandwirtschaftlichen. Der Anteil an bewirtschafteter landwirtschaftlicher Nutzfläche liegt bei den beiden Gruppen auf einem annähernd gleichen Niveau. Im Untersuchungszeitraum von 2007 bis 2017 fanden unter den 853 Unternehmen insgesamt 149 Übernahmen statt. Diese bewirtschafteten eine landwirtschaftliche Fläche von 124.000 ha. Den höchsten Anteil übernommener Unternehmen hat das Land Brandenburg, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. In Sachsen und Sachsen-Anhalt sind die Anteile am geringsten.

Tabelle 2 Übernahme juristischer Personen von 2007 bis 2017

Fallregionen (je 2 Landkreise) in	Regional aktive Übernehmer		Überregional aktive Übernehmer					
			Landwirtschaftsnah		Nichtlandwirtsch.		Insgesamt	
	% der Untern.	% der LF	% der Untern.	% der LF	% der Untern.	% der LF	% der Untern.	% der LF
Mecklenburg-Vorpommern	6 %	7 %	7 %	6 %	9 %	11 %	16 %	17 %
Brandenburg	3 %	3 %	4 %	7 %	13 %	13 %	17 %	20 %
Sachsen-Anhalt	5 %	3 %	2 %	1 %	3 %	3 %	5 %	4 %
Thüringen	0 %	0 %	6 %	6 %	4 %	3 %	10 %	9 %
Sachsen	7 %	8 %	7 %	6 %	0 %	0 %	7 %	6 %
Insgesamt	5 %	5 %	5 %	5 %	7 %	7 %	12 %	12 %

Quelle: Tietz, 2017

Infolge der Insolvenz der deutschen Agrarholding KTG Agrar SE 2016, kamen mehrfache Übernahmen desselben Unternehmens hinzu. Dies waren acht Mehrfachübernahmen mit gesamt 7.000 ha, die zusätzlich analysiert wurden. Somit stieg die Zahl auf 157. Davon waren lediglich 18 Unternehmen bereits in der Hand eines überregional aktiven Investors. Bei 139 Unternehmen waren die Voreigentümer ortsansässig. Von den neuen

Mehrheitseigentümern waren lediglich 44 (28 %) regional und agierten meist als Einfamilienunternehmen. 30 % der neuen Eigentümer sind überregional aktive landwirtschaftsnahe Unternehmen, während 42 % nichtlandwirtschaftliche Investoren sind. Es hat sich in der Untersuchung außerdem gezeigt, dass Unternehmen in der Hand nicht ansässig aktiver Investoren fast immer von solchen übernommen wurden.

Die Zahl an Unternehmen und der Landwirtschaftsfläche, deren Eigentümer überregional aktive Investoren sind, hat stetig zugenommen. Nicht erkennbar war dagegen, eine Zu- oder Abnahme der jährlichen Übernahmeaktivitäten im Untersuchungszeitraum (Tietz, 2017).

5.6. Der Einfluss landwirtschaftlicher Unternehmen im ländlichen Raum

Der ländliche Raum wird vor allem von der Land- und Forstwirtschaft, die mehr als die Hälfte der zur Verfügung stehenden Fläche nutzt, geprägt. Sie ist ein wichtiger landschaftsprägender, kultureller und wirtschaftlicher Faktor. Beide, der ländliche Raum und die Land- und Forstwirtschaft, sind administrativ miteinander verbunden, denn ein und dasselbe Bundesministerium zählt sowohl die ländlichen Räume zu ihrem Geschäftsbereich als auch die Landwirtschaft an sich. Auch wenn der Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt Deutschlands von geringer Bedeutung ist, ist sie für die Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen, den Erhalt der Sozialstruktur und die Gestaltung des Kulturerbes ländlicher Räume sowie als Gestalterin der Kulturlandschaft für Siedlungs-, Erholung- und Wirtschaftsraum von großer Bedeutung. Problem dabei ist, dass diese Werte keinen ökonomischen Preis haben, mit denen Landwirte für deren Erhalt vergütet werden. Außerdem ist die Landwirtschaft stark mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen wie der Ernährungsindustrie, dem Ernährungshandwerk, dem Gastgewerbe sowie dem Groß- und Einzelhandel und den Produzenten landwirtschaftlicher Produktionsgüter verbunden. Aufgrund der vorherrschenden Strukturen ist der Osten Deutschlands in seiner Effizienz der Landwirtschaft dem Westen überlegen. Dies hat gleichzeitig aber zur Folge, dass von der ostdeutschen Landwirtschaft nur eine geringe Beschäftigungswirkung auf die ländlichen Räume ausgeht. Dazu kommt, dass die Betriebe, je nach Produktionszweig, Saisonarbeitskräfte aus dem Ausland rekrutieren (geringeres Lohnniveau und andere Arbeitseinstellung der Arbeitskräfte) oder wie in einige Marktfruchtbetriebe in Norddeutschland schon vom Ausland aus bewirtschaftet werden. Darüber hinaus werden viele Produkte, die als Rohstoff auf dem Land entstehen, andernorts veredelt, wodurch die Wertschöpfung ebenfalls nicht in der Region bleibt (Plieninger, et al., 2006).

Lange Zeit spielten die Landwirte im Dorfgeschehen eine wichtige Rolle. Sie hatten hohes Ansehen, besetzten wichtige Posten in der lokalen Politik, waren ehrenamtlich tätig, boten Arbeitsplätze an oder waren mit ihrer Technik, Wissen und Fähigkeiten gefragt, wenn Hilfe benötigt wurde. Mit dem Wechsel vom Agrar- zum Industriestaat und schließlich zum Dienstleistungsanbieter verloren die Landwirte und das Dorf allgemein an Bedeutung.

Durch das Wachstum der Betriebe, wurden jene aus den Dörfern heraus gedrängt. Tourismus, produzierende Gewerbe oder dezentrale Energieversorgung haben diese Entwicklung in manchen Regionen abfangen können (Hahne, 2012). Dabei spielen regionsweise Diversifizierungsprozesse landwirtschaftlicher Unternehmen eine bedeutende Rolle (Ferien auf dem Bauernhof, Schaukäserei, Kinderferien, Pensionspferdehaltung).
Die Bevölkerung arbeitet heute oftmals in der Stadt, deren Umkreis oder ist aufgrund des Arbeitsplatzes und der besseren Infrastruktur direkt dorthin gezogen.

Plieninger, et al., (2006) geben für eine zukunftsorientierte Landwirtschaft vor, dass diese möglichst hohe Beschäftigungseffekte generieren, die vor Ort zur Verfügung stehenden Ressourcen nutzen und regionale Wirtschaftskreisläufe unterstützen soll. Sie muss innovativ und wirtschaftlich sein und sich idealerweise ohne Fördergelder und Subventionen weitgehend selbst tragen. Die gewachsene Kulturlandschaft soll erhalten bleiben, die Belange des Ressourcenschutzes berücksichtigt werden, dazu beigetragen werden, die Identifikation mit dem Land, seiner Kultur und Traditionen zu festigen und sie soll außerdem mit anderen Landnutzungsformen kompatibel sein sowie alternative Entwicklungspfade nicht behindern (Plieninger, et al., 2006).

6. Thesen zum Strukturwandel

Nachfolgend werden 5 Thesen aufgeführt und anschließend mithilfe der Literatur untersucht.

1. These: Das Wachstum eines (landwirtschaftlichen) Unternehmens ist unbedingt notwendig.
2. These: Der bäuerliche Familienbetrieb ist das anzustrebende Ziel.
3. These: Die Direktzahlungen der gemeinsamen Agrarpolitik verstärken den Agrarstrukturwandel.
4. These: Die gemeinsame Agrarpolitik verfehlt ihre gesetzten Ziele aufgrund ihrer eigenen Strategie und verstärkt dadurch den Agrarstrukturwandel.
5. These: Der Erhalt einer leistungsfähigen Agrarstruktur bildet die Grundlage einer leistungsfähigen Volkswirtschaft.

6.1. Das Wachstum eines (landwirtschaftlichen) Unternehmens ist unbedingt notwendig

Wachstum ist ein Naturgesetz, für das es nach Krämer (2013) prinzipiell keine Grenzen gibt. Alles was lebt, wächst oder es ist tot. Der jahreszeitliche Verlauf zeigt dies deutlich. Treibt eine Pflanze, ein Baum nach der Winterruhe nicht mehr aus, ist er tot. Treibt er aus, findet Wachstum statt, er lebt. *Krämer* ist außerdem der Meinung, diese Ansicht lässt sich uneingeschränkt auf jedes landwirtschaftliche Unternehmen übertragen. Unternehmen sind, zumindest langfristig, nicht überlebensfähig, wenn sie nicht wachsen. → „Wachstum ist lebensnotwendig“. Ausgerichtet an der in Deutschland geltenden marktwirtschaftlichen Ordnung befinden sich Unternehmen immer im Wettbewerb miteinander, in dem sie sich behaupten müssen. Für die landwirtschaftlichen Unternehmen wird dieser Wettbewerb, wen man sich vergegenwärtigt das alle zehn Jahre 20 – 30 % der Betriebe aufgeben, zum „Überlebenskampf“. Der Ausdruck „Wachsen oder Weichen“ ist an dieser Stelle passend, denn der Rest wird entsprechend größer. Eine erfolgreiche Zukunft kann jedoch durch reines Größenwachstum nicht gesichert werden. Zeitgleich sollten eine Verbesserung der Marktstellung und eine Produktivitätsverbesserung eine Rolle spielen. Dabei muss die Größe aber beherrscht werden! *„Gewinn und Lebensqualität,*

nicht Umsatz heißt das unternehmerische und persönliche Ziel! Wachstum ohne Produktivitätsverbesserung ist „Krebs", der in der Regel vorzeitig zum wirtschaftlichen Tod führt." Krämer geht des Weiteren davon aus, dass der technische Fortschritt die treibende Kraft ist und das Wachstum lernen bedeutet, lernen technischen Fortschritt zu erkennen oder sogar selbst zu entwickeln und konsequent zu nutzen. Oftmals geht dies mit einer Kapazitätserweiterung einher, immer aber mit *„effizienterer Organisation und Erledigung aller Aufgaben der Unternehmensführung. […] Weil es vermutlich keine Grenzen des Lernens gibt, sondern nur individuelle Begrenztheiten, gibt es auch keine Grenzen des Wachstums."*

Seiner Ansicht nach sind zwei Faktoren zukünftig von besonderer Bedeutung. Dem Ersten zufolge wird der technische Fortschritt langsamer verlaufen, sprich weniger „Quantensprünge" aufweisen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Zuchtfortschritte werden geringer und Verbesserungen im Bereich der Arbeitsproduktivität (z.B. durch strohlose Haltungssysteme) werden sich nicht in dem Maße wiederholen lassen. Im Bereich der Außenwirtschaft sind ebenfalls klare Grenzen abzusehen, was vor allem mit den Flächenstrukturen zusammenhängt. Laut dem zweiten Faktor lässt sich auch das Wachstum der flächenunabhängigen Veredelung nicht im bisherigen Maß in den bekannten Regionen fortsetzen. Denn schlussendlich ist auch diese Tierhaltung flächenabhängig. Das zeigt sich spätestens bei der Verwertung der Nährstoffüberschüsse, die vor allem in den Überhanggebieten mittlerweile preislich enorm ansteigt. Dazu kommt der Biogasboom der vergangenen Jahre, der unter anderem zu einer exorbitanten Verteuerung der Flächennutzung geführt hat. Häufig können diese Flächenkosten nicht mehr von reinem Ackerbau finanziert werden, sondern müssen quersubventioniert werden.

Gerade für nachfolgende, junge Betriebsleiter gilt es daher, die bestehenden Potentiale, die in einem Betrieb möglicherweise bereits geschaffen wurden, zu erkennen und effizient zu nutzen. Auf alle Fälle gilt, nicht im Denken und Handeln der älteren Generation zu verharren (Krämer, 2013).

Remesch (2017) ist anderer Meinung. Sie beschreibt Wachstum als reines Größenwachstum. Wachstum scheint ihrer Meinung nach, das Maß der Dinge zu sein. Die Nahrungsmittelproduktion soll mengenmäßig gesteigert und in effizienter werden. Trotz des Wissens, dass global genügend Nahrungsmittel produziert werden, um die Weltbevölkerung ernähren zu können – zumindest in der Theorie. Laut *Remesch* verdienen an den ständig

steigenden Exporten nur einige wenige Unternehmen tatsächlich etwas, während die Auswirkungen dieser Intensivierung von der Gesellschaft getragen werden müssen. Derartige Auswirkungen sind nach ihrer Ansicht Massentierhaltung, Überdüngung, Grundwasserverschmutzung, Artensterben, der Eintrag von Pestiziden, Gesundheitsauswirkungen, Höfesterben, Hunger und der Druck auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft. Dieses verfolgte Wachstum ist weder für Mensch noch Umwelt gut (Remesch, et al., 2017).

> *„Wir müssen runter von den Überschüssen, und zwar mit Vernunft und koordiniert. Wer in Politik und Wirtschaft dagegen weiter nur abwartet, der drängt bewusst Tausende gesunder Betriebe zum Aufgeben. Das ist eine brutale Wertevernichtung. Produktive Hofstellen werden stillgelegt und ein ganzer Berufstand demotiviert.“* (Martin Schulz, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) zitiert in Remesch, et al., 2017)

6.2. Der bäuerliche Familienbetrieb ist das anzustrebende Ziel

Der „bäuerliche Familienbetrieb“ war in Westdeutschland vor und nach 1990 erklärtes Ziel der Agrarpolitik, den es zu erhalten galt. Nach der Wiedervereinigung wurde deshalb vor allem von westdeutschen (Agrar)politikern das Ziel verfolgt, in den fünf neuen Bundesländern die bis dahin bestehenden landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und volkeigenen Güter aufzulösen und wieder in bäuerliche Familienbetriebe zu überführen. Dieses Ziel war nach 30 Jahren kollektivierter Betriebe, nicht mehr oder nur vereinzelt realisierbar gewesen (Plieninger, et al., 2006). Darüber hinaus gab es große landwirtschaftliche Unternehmen bereits im 19. und 20. Jahrhundert, vor der „Erfindung der DDR“. Es waren strukturbedingt vor allem Firmen in Ostdeutschland sowie den ehemaligen deutschen Gebieten Ostpreußen und dem heutigen Nord-Polen, unter der Führung adliger und industrieller Familien.
Fakt ist, das rund 88% (Stand 2016) der Landwirtschaftsbetriebe als Einzelunternehmen geführt wurden (Deutscher Bauernverband, 2017), was in den meisten Fällen sicherlich als Familienbetrieb angesehen werden kann. Andererseits kann auch eine Personengesellschaft (GbR) oder eine juristische Person (GmbH) familiär geführt sein.

Aber was ist ein „bäuerlicher“ Familienbetrieb?

Familienunternehmen und mittelständische Unternehmen werden oft gleichgesetzt. Auch wenn diese beiden Gruppen in vielen Bereichen miteinander vergleichbar sind und viele Familienbetriebe zum Mittelstand gezählt werden, müssen sie trotzdem unterschieden werden. Kleine und mittlere Unternehmen werden an Kriterien wie Umsatz und Beschäftigtenzahl definiert. Diese Kriterien lassen sich aber nicht für die Gruppe der Familienunternehmen anwenden. In der Literatur gibt es keine allgemeingültige Definition. Es gibt aber mehrere Werte, die in den meisten Definitionen übereinstimmen:

- Eine oder mehrere Familien haben die Stimmen- und/oder Kapitalmehrheit (mindestens 50%);
- Durch das Ausüben oder Wahrnehmen von Führungstätigkeiten, Entscheidungs- und Kontrollrechten durch Familienmitglieder üben eine oder mehrere Familien erheblichen Einfluss auf ein Unternehmen aus;
- Von der/den Familien geht eine gewisse Unternehmenskultur aus oder es herrschen gewisse Werte vor;

- Es besteht ein Fortführungswille, durch den das Unternehmen an nachfolgende Generationen weitergegeben werden soll.

(Stiftung Familienunternehmen, 2017)

Bekannte Unternehmen sind beispielsweise Aldi, Lidl, C&A, BMW, Henkel.

Die Definition für „bäuerlich“ ist ungleich schwieriger, weil es für diesen von Politik, Wirtschaft und Verbänden gern verwendeten Begriff keine eindeutige Definition gibt.

Das Agrar Bündnis e.V. zu dem auch das Aktionsbündnis bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL) gehört, versucht es folgendermaßen:

> *„Es ist unmöglich und es ist auch nicht sinnvoll, ein exaktes Bild zu entwickeln, wie ein bäuerlicher Leitbildbetrieb auszusehen hat, und daraus die notwendigen agrarpolitischen Maßnahmen abzuleiten. Bäuerliche Landwirtschaft ist nur in ihrem Kern zu definieren, nicht vom Rand her, an ihren Übergängen zu anderen Wirtschaftsformen. Sie kann nicht durch klare Richtlinien von anderen Produktionsformen abgegrenzt werden. Es können nur Grundprinzipien definiert werden. Diese Prinzipien gilt es der Gesellschaft als Werte zu vermitteln. Sie können die Brücke sein zwischen Gesellschaft und Landwirtschaft.“*

Die konkrete Form, in der sich eine bäuerliche Wirtschaftsweise abspielt, ist abhängig von naturräumlichen, gesellschaftlichen, klimatischen, kulturellen, und wirtschaftlichen Vorgaben. *„Bäuerlichkeit ist kein mathematischer, sondern ein lebensweltlicher Begriff, der sowohl die Gefühlsebene als auch die Erfahrungen der Bäuerinnen und Bauern erfasst.“* Bäuerliche Landwirtschaft sei laut des Bündnisses der Gegenpol zur industriellen Agrarproduktion. Diese kennzeichnet eine extreme Arbeitsteilung, Arbeitsplatzreduzierung und kapitalintensive Rationalisierung. (AgrarBündnis e.V., 2001)

Nach Ansicht von Kirchinger (2017) sollte das Gegenteil der Fall sein. Ihm zufolge gibt es vor allem in Bayern zu viele Landwirte. Einnahmen und Ausgaben stehen durch die hohen Produktionskosten hierzulande dem billigen Weltmarkt im Missverhältnis gegenüber. Je mehr Landwirte ums Überleben kämpfen, umso intensiver müssen sie ihre Landwirtschaft betreiben. Das Ergebnis ist Überproduktion gefolgt von Erlösdruck und ökologischen Problemen, die durch eine gezielte Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft

verschlimmert werden würden. Deshalb muss die Politik dieses Leitbild aufgeben und Maßnahmen, die den Strukturwandel bremsen, abgeschafft werden. Derartige Förderungen seien teuer, schaden den Landwirten und bringen keinen ökologischen Erfolg. Nach *Kirchinger* ist die bäuerliche Landwirtschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erst entstanden, und zwar, um den Lebensmittel- und Rohstoffbedarf der Industrie zu decken. Die bäuerliche Landwirtschaft stellt die intensivste Form der Landbewirtschaftung dar. Die Bauernhöfe waren im 19 Jahrhundert bereits zu klein und konnten nur durch intensives Wirtschaften rentabel sein. *„Heute gehört die bäuerliche Landwirtschaft jedoch der Vergangenheit an.“* Die Betriebe werden zunehmend größer und verlieren ihren bäuerlichen Charakter, während sie gleichzeitig extensiver wirtschaften. Der Verbrauch von mineralischem Stickstoffdünger ist seit 1980 bis 2012 von 120 kg/ha auf 79 kg und der Verbrauch an mineralischem Phosphat von 79 kg auf 12 kg zurückgegangen. Weil dieser Rückgang bereits vor 2006 eingetreten ist, sei ein steuernder Effekt der Düngeverordnung aus dem Jahr 2006 auszuschließen. Des Weiteren sind die Tierbestände je nach Tierart gesunken oder stagniert (Kirchinger, 2017).

6.3. Die Direktzahlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik verstärken den Strukturwandel

Grundsätzliches

Die heute gültigen Direktzahlungen (DZ) für die Landwirtschaft wurden im Zuge der MacSharry-Reform 1992 als Ausgleich für die stark herabgesetzten Preisstützungen auf Getreide und Fleisch eingeführt. Als Flächen- oder Tierprämien waren sie zunächst an die Produktion gebunden. Mit der Agrarreform 2003 wurden sie dann schrittweise entkoppelt. Die Prämienrechte bzw. Zahlungsansprüche (ZA) waren betriebsindividuell auf Basis der Produktion, die über die Vorjahre geleistet wurde, festgelegt. Das führte dazu, dass die ZA je nach Betrieb unterschiedlich hoch waren. Bis 2014 konnten Betriebe diese handeln, was dazu führte, dass man DZ für Flächen bekam, für die dies bislang aufgrund mangelnder Ansprüche nicht möglich war. *Dies wurde mit der Reform 2014 derart geändert, dass seit 2015 die ZA nur noch von aktiven Betriebsinhabern gehandelt werden können (Anm. des Autors).* Außerdem war es möglich, Ansprüche zu erwerben, die eine höhere Auszahlung zur Folge hatten als die eigenen. Bis 2019 war das Ziel gesetzt, die DZ zu vereinheitlichen und nur noch gleichbleibende Beträge pro Hektar auszubezahlen.

2016 wurden DZ in einem Volumen von 4,84 Mrd. Euro ausbezahlt. Diese teilten sich auf in 2,95 Mrd. Euro Basisprämie, 1,43 Mrd. Euro Greeningprämie und 0,046 Mrd. Euro auf die Junglandwirteförderung. Damit betrug deren Gewinnanteil am landwirtschaftlichen Unternehmen, zwischen 39% im Jahr 2015 und 26% im Jahr 2017. Im Durchschnitt wurden 15.300 Euro pro Betrieb ausbezahlt.
60,6% der DZ entfielen auf die 14,5% der Betriebe mit den höchsten DZ (mind. 25.000 €). 38,4% entfielen auf die 4,5% größten Empfänger (mind. 50.000 €) (Forstner, et al., 2018).

Wirkung der Direktzahlungen

Sie führen unabhängig vom jeweiligen Jahresgeschehen (Produktpreise, Klima- und Wettersituation) zu einem jährlichen, sicheren und stabilen Betriebseinkommen. Die Betriebe haben einen prinzipiell sicheren Zugang zu Kapital, denn die wiederkehrenden, verlässlichen Zahlungen sorgen bei den Banken für Sicherheit. Sie ermöglichen eine Erhöhung der Investitionstätigkeit. Den schwachen Betrieben wird eine ansonsten nicht mögliche Investition überhaupt erst möglich oder aber sie erhöhen die Wachstumsgeschwindigkeit. Die DZ haben höhere Pachtpreise zur Folge. Das liegt vor allem daran, dass die Unternehmen bereit sind, mehr für die Flächenpacht zu bezahlen und das, je nach Kenntnis der Verpächter über die Höhe der DZ, die Pachtpreise angehoben werden. → Diese Auswirkungen können sowohl beschleunigend als auch konservierend auf den Agrarstrukturwandel wirken (Forstner, et al., 2018).

Das damit die Zahlungen nicht wie geplant, nur beim Landwirt ankommen, sondern von diesem direkt wieder weitergegeben werden, ist einer der Kritikpunkte am System der gemeinsamen Agrarpolitik.

Effekte der DZ auf die Einkommenssicherheit

Grundsätzlich erhöht sich durch jährlich konstante DZ die Einkommenssicherheit. Darüber hinaus sinkt die Wahrscheinlichkeit für die Unterschreitung des Existenzminimums. Außerdem können sie die marktbedingten Schwankungen abschwächen. Dies wird hinfällig, sobald die Landwirte sich entschließen, aufgrund dieser Absicherung ihre Risikomanagementsysteme herunter zu fahren oder aber risikobehaftete Aktivitäten aufnehmen.

Tendenziell haben die DZ einen größeren Einfluss auf Ackerbau- und Futterbaubetrieb als auf Veredelungs- und Milchviehbetriebe (Forstner, et al., 2018).

Wirkung der DZ auf den Strukturwandel

Forstner, et al., (2018) untersuchten den Einfluss der DZ auf die Entscheidung zur Betriebsaufgabe und zum Einstieg in die Landwirtschaft (beispielsweise durch eine Betriebsübernahme). Dabei gehen die Autoren davon aus, dass es zwei verschiedene Wirkungen der DZ geben kann. Bei risikoaversen Entscheidern führt die Gewährung von DZ zu einer

Verlangsamung des Strukturwandels, weil eine höhere Einkommensvolatilität (ohne DZ) den Nutzen zukünftiger Einkommen verringert.

Andere von Forstner, et al., (2018) untersuchte Literatur, kommt zu dem Schluss, dass bei höheren Volatilitäten der „Wert des Wartens“ ansteigt und Landwirte daher später aus der Produktion aussteigen. Das bedeutet, ein schwankungsreduzierender Effekt auf die Einkommen der Direktzahlungen würde bei risikoneutralen Entscheidern eine Beschleunigung des Strukturwandels zur Folge haben. Landwirte werden den zitierten Quellen zufolge, als eher risikoavers eingeschätzt, was zur Folge hat, dass die DZ den Strukturwandel tendenziell eher verlangsamen.

Des Weiteren erhöht eine geringere Einkommensschwankung die Wahrscheinlichkeit für eine Hofübernahme (verfrühen die Entscheidung darüber sogar) und stabilisiert die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe.

Insgesamt geht Forstner und seine Kollegen davon aus, dass gegenläufige Wirkungen höherer Einkommen durch die DZ auf den Strukturwandel ableitbar sind und die strukturkonservierende Wirkung aufgrund der Risikoaversion der Landwirte überwiegen dürften.

Als Profiteure werden große extensiv wirtschaftende Betrieb angesehen, weil diese aufgrund der Flächenbindung der DZ bei gleichzeitig wirkenden Skaleneffekten (z.B. Kostendegression) höhere Einkommenseffekte haben und weil sie auf Grenzstandorten ohne die DZ bestimmte Flächen möglicherweise nicht mehr bewirtschaften würden (Forstner, et al., 2018).

Laut Kirchinger (2017) sind größere Strukturen aus sozialen Gründen geboten, denn die Subventionen, die die Existenz der Bauernfamilien sichern sollten, werden heute oftmals für die Pachtzahlung verwendet und somit mehr oder weniger direkt weitergereicht. Dies erhöht den Wert des Eigentums, in diesem Falle den des Bodens. Das führt wiederum dazu, dass viel Kapital in Boden gebunden ist, welches anschließend nicht für Innovationen zur Verfügung stehen kann. Würden die Agrarsubventionen abgeschafft, würde dies unter den derzeitigen Bedingungen zu einer Senkung der Produktionskosten und somit zur Entwertung des Eigentums an Grund und Boden führen, was zwar zu Lasten der Eigentümer (der Verpächter) geht, aber zum Nutzen der gesamten Bevölkerung ist (Kirchinger, 2017).

6.4. Die gemeinsame Agrarpolitik verfehlt ihre gesetzten Ziele aufgrund ihrer eigenen Strategie und verstärkt dadurch den Agrarstrukturwandel

Die gesellschaftlichen Erwartungen stimmen nicht mit den Agrarstrukturen überein, die der marktwirtschaftliche Wettbewerb hervorbringt. Die Politik hat in den vergangenen Jahrzehnten umfassend auf diesen gesellschaftlichen Druck reagiert. Es wurde einerseits eine mittlerweile unübersichtliche Fülle von Leitplanken mit Hilfe des Fachrechts (Umwelt-, Tierschutz-, Lebensmittelrecht) entwickelt, die Unternehmer zu beachten haben, wenn sie im biobasierten Bereich der Wirtschaft tätig sein wollen. Andererseits hat man mittels der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der Energiepolitik Förderanreize geschaffen, mit denen die Landwirte in die von der Gesellschaft gewünschte Richtung gelenkt werden sollen. Weil nun aber der gesellschaftliche Streit über die Landwirtschaft trotz dessen nicht abnehmen will, stellt sich einmal mehr die grundsätzliche Frage, „Ist die Politik überhaupt zuständig oder sollte sie die Steuerung der Landwirtschaft nicht besser den Verbrauchern überlassen?“

Auf den ersten Blick scheint diese Frage recht einfach beantwortet werden zu können, denn die Gesellschaft, bzw. die Verbraucher entscheiden mit ihrer Kaufbereitschaft darüber welche Produkte sie besonders wohlschmeckend oder wertvoll finden. Somit würden nur die Produkte bestand haben, die gesellschaftlich akzeptiert sind. Auf den zweiten Blick zeigt sich aber, dass diese Frage doch nicht einfach beantwortet werden kann (Isermeyer, 2014).

Laut *Isermeyer, (2014)* machen Verbraucher ihre Kaufentscheidung häufig vom Produktäußeren, vom Preis oder von Werbebotschaften abhängig und nicht davon, welche verschiedenen, gesellschaftlichen Schutzgüter (Wasserqualität, Boden, Tierschutz, biologische Vielfalt, etc.) für die Produktion herangezogen wurden. Dazu kommt, dass eine Produktion, welche besonders schonend gegenüber diesen Schutzgütern ist, häufig mit höheren Kosten verbunden ist. Diese, wenn auch nachhaltiger produzierten aber teureren Güter, würden möglicherweise im reinen Wettbewerb das Nachsehen haben, weil der Verbraucher ihnen ihre ressourcenschonende Herstellung nicht ansieht. Durch Labeling, also das Aufdrucken oder Mitgeben von zusätzlichen Informationen zur Herkunft und Herstellung, könnte, so die Theorie, dem entgegengewirkt werden, sodass die Kunden selbst entscheiden können, wie wichtig ihnen gewisse Prozess- und Produkteigenschaften

sind und der Markt würde sich dementsprechend selbst differenzieren. Allerdings ist dies bei der Produktvielfalt im Lebensmitteleinzelhandel wenig Erfolg versprechend, vor allem bei weiterverarbeiteten Produkten, die aus mehreren Zutaten bestehen, wie zum Beispiel Tiefkühlpizza. Dazu käme bei einer Etablierung eines Zertifizierungssystems die hoffnungslose Überforderung der Verbraucher. An dieser Stelle entsteht der Zwiespalt. Der Staat würde es kaum zulassen, dass die Verbraucher die Frage der Einhaltung gesellschaftlicher Mindestziele im Bereich Tierschutz, Arbeitsschutz, Umweltschutz, etc. übernehmen und gleichzeitig zuzusehen, wie ein bestimmtes Marktsegment unter derartigen Bedingungen produziert wird, die den Wertevorstellungen eines Großteils der Gesellschaft zuwiderlaufen. Wird nun durch staatliche Einflussnahme eingegriffen, entstehen zwei parallele Systeme. Das wäre zum einen teuer und würde zum anderen das Einkaufsverhalten der Verbraucher wieder beeinträchtigen.

Grundsätzlich hat die Politik zweierlei Möglichkeiten, ihre Ziele zu erreichen. Sie setzt einen ordnungsrechtlichen Rahmen im Fachrecht durch Auflagen, Ge- und Verbote oder sie etabliert finanzielle Anreize beziehungsweise Sanktionen, um Produzenten und Konsumenten zu gesellschaftlich erwünschtem Verhalten zu bewegen.

Die GAP hat im Bereich der Land- und Forstwirtschaft das Zweisäulen-Modell als finanziellen Anreiz geschaffen. Wie oben bereits beschrieben, besteht die 1. Säule aus den flächenbezogenen Direktzahlungen, für aktive Landwirte. Dieser Teil macht den größten Finanzposten aber mit der geringsten Wirkung aus. Ein Drittel davon ist seit 2015 an die Greening-Maßnahmen gebunden, ohne deren Erfüllung die Landwirte dieses Geld nicht erhalten. Es hat sich allerdings gezeigt, dass diese Zahlungen in der 1. Säule nur einen sehr geringen aber teuren Beitrag zum Erreichen der Kernziele (Klima- und Umweltschutz, Biodiversität) beitragen. Die 2. Säule der GAP enthält zielgerichtete Maßnahmen, die die Entwicklung ländlicher Räume fördern soll. Sie besteht aus Agrarumweltprogrammen, Sonderzahlungen für benachteiligte Gebiete, der einzelbetrieblichen Investitionsförderung und aus allgemeinen Entwicklungsmaßnahmen. Sie bietet damit effektivere Voraussetzungen, um zielgerichtete Maßnahmen der Politik zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele umsetzen zu können. *Isermeyer* (2014) kommt darüber hinaus zu dem Entschluss, dass sich auch mit der 2. Säule viele Herausforderungen nicht lösen lassen. Bei der Nutztierhaltung würde der klassische Lösungsansatz, in dem neue Technologien in Versuchsbetrieben entwickelt und anschließend über Technologietransfer in die Ställe gebracht wird, nicht dazu führen, dass eine gesellschaftlich akzeptierte Nutztierhaltung

entsteht. Die deutsche Agrarforschungsallianz (DAFA) hat aufgrund dessen 2012 eine Strategie entwickelt, deren Ziel es ist, messbare Verbesserungen der Nutztierhaltung in Bezug auf gesellschaftliche Erwartungen zu erreichen. Maßnahmen dieser Strategie sind beispielsweise, die Analyse gesellschaftlicher Erwartungen und die Einführung eines Tierwohlberichts sowie die Entwicklung abgestimmter Strukturen für on-farm-research[9] zur schrittweisen Veränderung der Haltungsbedingungen in der Praxis. Diese Maßnahmen passen nur bedingt in die bisherige Entwicklungspolitik. Im Bereich der Nutzpflanzen besteht das Problem, dass es lediglich ein paar wenige Leitkulturen gibt, deren züchterische Bearbeitung lohnender für die kommerzielle Pflanzenzüchtung ist, als die Bearbeitung von Nischenkulturen. Es wird deshalb davon ausgegangen, dass sich die Ertragsschere zwischen Leit- und Nischenkulturen weiter öffnen und die Fruchtfolgen verengen werden. Die Einführung der 3-Fruchtarten-Regel und die Zulassung von Leguminosen auf ökologischen Vorrangflächen ist laut *Isermeyer* halbherzig und kann keine nachhaltige Verbesserung bringen. Vielmehr sei ein international abgestimmtes Konzept erforderlich, um zumindest ein oder zwei Kulturarten dauerhaft wettbewerbsfähig zu machen. Ein solcher Ansatz würde erhebliche öffentliche Mittel benötigen und passt fördertechnisch nicht in das bisherige Konzept der GAP der EU.

Beim Thema Aquakultur und Wassernutzung tritt Deutschland seit Jahren auf der Stelle, denn es ist ein sehr wasserreiches Land, dass zwei Drittel des Regenwassers ungenutzt in die Meere abfließen lässt. Dagegen liegt der Selbstversorgungsgrad mit Speisefisch unter 20%, der Anteil an der weltweiten Produktion sogar unter 0,1%. Der Fisch muss demnach aufwendig, teuer und nicht nachhaltig nach Deutschland transportiert werden. Eine Förderung der Aquakultur sowie der besseren Wassernutzung wäre ideal für die GAP, passt aber ebenfalls nur partiell in genau diese. Im Bereich des Klimaschutzes und der Bioenergie hat sich gezeigt, dass die deutsche Bioenergiepolitik lediglich kleine Beiträge zur Sicherung der Energieversorgung beitragen kann, sie aber dafür Kosten in Milliardenhöhe verursacht. Selbst mit einer wesentlich verbesserten Bioenergiepolitik lässt sich kein nennenswerter Beitrag für die globale Treibhausgasproblematik leisten. Sie sollte sich vielmehr auf die Technologieentwicklung, Kaskadennutzung und auf Programme zur ökologischen Aufwertung von Agrarlandschaften passende Systeme, wie Kurzumtriebsplantagen in Biotopverbundsystemen konzentrieren, als auf die bisherige Breitenförderung der

[9] On-farm-research ist die angewandte, praxisbezogene Forschung agrarwissenschaftlicher Themen, welche direkt mit dem Landwirt, seinen Flächen und Stall durchgeführt wird.

Bioenergie. Zudem sollte die nächste Milliarde für die Erarbeitung und Bewerbung einer globalen Klimaschutzstrategie ausgegeben werden. Allerdings ist dieser Vorschlag, den der wissenschaftliche Beirat erstellt hat, wirkungslos verhallt[10]. Auch wieder, weil sich eine derartige Maßnahme nicht in das bestehende Förderkonzept einpassen lässt (Isermeyer, 2014).

Statt des Entwickelns einer konstruktiven Strategie beim Auftreten eines Problems, werden im derzeitigen Politikstil lediglich bestehende Förderkonzepte angepasst und adaptiert. Dabei gibt es zumeist keine Strategie, erst recht nicht gemeinsam und/oder übergreifend (EU, Bund, Länder, ressortübergreifend). Vielmehr handelt jede Instanz eigenständig und „schmückt sich mit den Lorbeeren" für das Bewältigen einer Herausforderung. So kann niemand, vor allem nicht die potentiellen Wähler behaupten, dass sich mit dem Thema niemand auseinandergesetzt hätte. Bei der Anpassung der bestehenden Maßnahmen geht es dann nicht um das eigentliche Ziel (denn ein konkretes Ziel gibt es oftmals auch nicht). Vielmehr gilt es zu klären, wer welchen Anteil an Steuergeldern bekommt, ob die zur Verfügung stehenden Mittel gerecht verteilt sind und ob sie auch gebraucht werden, damit sie im Folgejahr nicht einem anderen Fördertopf zugeordnet werden. Darüber hinaus spielt der Aspekt „Mensch" eine entscheidende Rolle. Kein Ministerium möchte seine Entscheidungs- und Bedeutungshoheit durch ein anderes Ministerium, Ressort oder andere Politikebene in Frage gestellt sehen. Wird nun Legislaturperioden später festgestellt, dass (nicht konkretisierte) Ziele nicht erreicht wurden, kann aufgrund dessen, dass alle nur teilzuständig bzw. teilunzuständig waren, keiner verantwortlich gemacht werden (Isermeyer, 2014).

[10] Der Bericht von Folkhard Isermeyer stammt zwar aus dem Jahr 2014, die Veröffentlichung des wissenschaftlichen bereits von 2018 enthält aber die grundlegend gleichen Aussagen wie die von ihm zitierten aus den Jahren 2008 oder 2011.

6.5. Der Erhalt einer leistungsfähigen Agrarstruktur bildet die Grundlage einer leistungsfähigen Volkswirtschaft

Die Landwirtschaft ist seit jeher ein wichtiger Teil der deutschen Wirtschaft. Auch wenn sich ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt zunehmend verringert hat, hat sie dazu beigetragen, dass Deutschland zu einer der bedeutendsten Volkwirtschaften weltweit aufsteigen konnte. Das ein starker Industriestaat meist gleichzeitig ein erfolgreicher Agrarstaat ist, zeigt sich nicht nur am Beispiel Deutschlands. Die größten Agrarexporteure 2014 sind:

1. USA, 149,1 Mrd. US-Dollar (10,03 % Anteil am weltweiten Handel)
2. Niederlande, 92,8 Mrd. US-Dollar (6,25 %)
3. Deutschland, 86,8 Mrd. US-Dollar (5,84 %)
4. Brasilien, 78,8 Mrd. US-Dollar (5,30 %)
5. Frankreich, 74,3 Mrd. US-Dollar (5,0 %)
6. VR China, 63,5 Mrd. US-Dollar (4,27 %)
7. Kanada, 49,5 Mrd. US-Dollar (3,33 %)
8. Italien, 43,8 Mrd. US-Dollar (2,94 %)
9. Argentinien, 37,2 Mrd. US-Dollar (2,50 %)

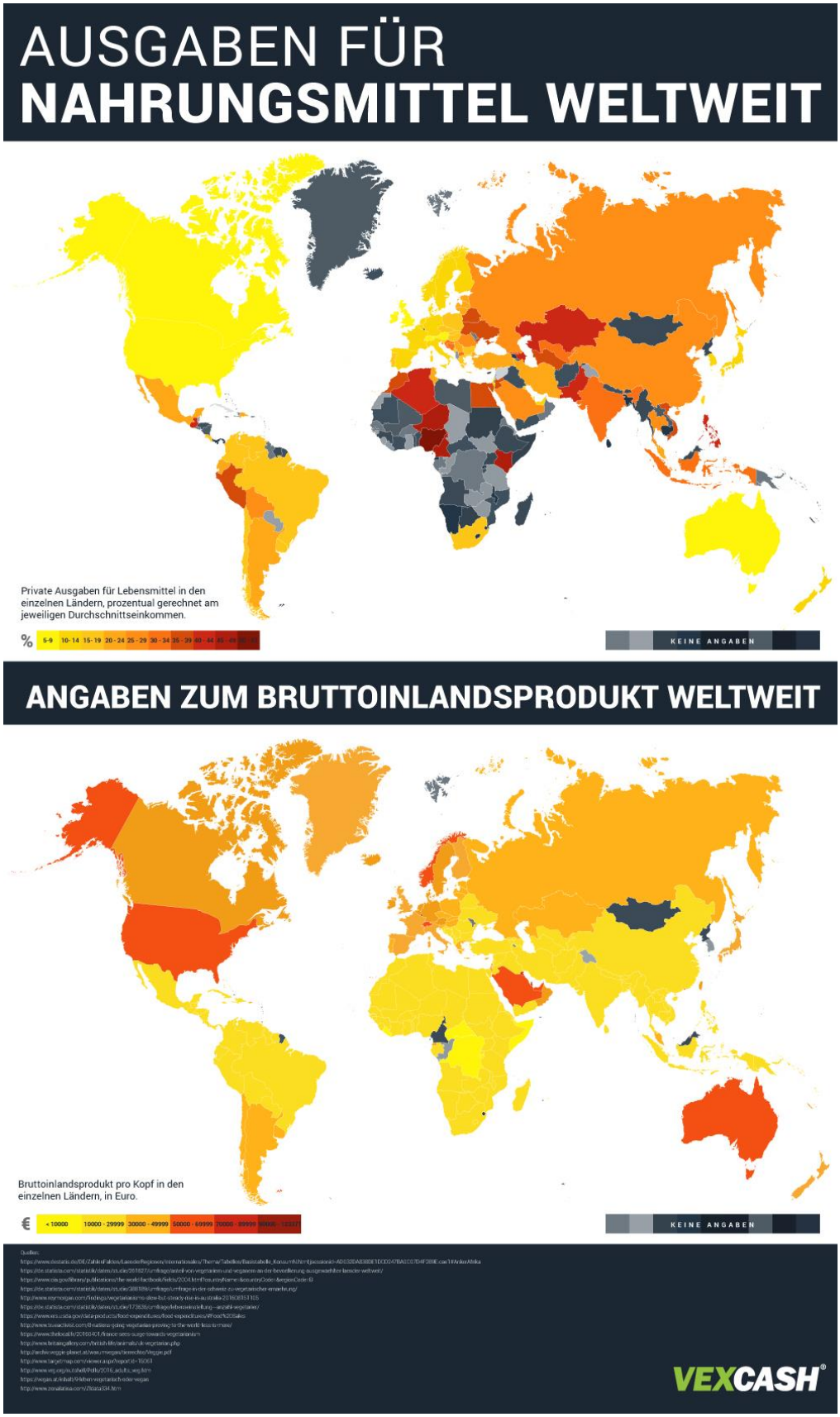
(agrarheute, 2015)

Diese Staaten sind auch Teil der G20, also der 20 weltweit wichtigsten Industrie- und Schwellen-Länder. Der wichtigste Vorteil, den diese Länder haben, ist ihr Standortvorteil. Sie liegen (zumindest zu einem großen Teil) in klimatischen Regionen, in denen die Jahresdurchschnittstemperaturen sowie Niederschlagsmengen und -verteilung optimal für die Landwirtschaft und die Industrie sind.

Die nachfolgende Grafik zeigt, dass die Industrienationen mit hohen Bruttoinlandsprodukten am wenigsten für Lebensmittel ausgeben, während Länder mit einem geringen Einkommen einen wesentlich höheren Anteil dafür aufwenden müssen. Wie beschrieben, sind die großen Industriestaaten auch starke Agrarnationen. Zum einen bedingt ihre Stärke in der landwirtschaftlichen Urproduktion, verbunden mit ihrer Überproduktion bei verschiedenen Rohstoffen, marktbedingt geringere Agrar- und Lebensmittelpreise. Zugleich stehen über höhere Konsumausgaben der Bevölkerung (aufgrund niedriger Preise für Nahrungsgüter) und den daraus resultierenden Abgaben wie Steuern, dem Staat mehr Finanzmittel zur Verfügung, welche dieser wiederum in Forschung und Entwicklung investieren kann. Zum andern stehen der Industrie durch die gesicherte Nahrungsmittelversorgung ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung, um ihre Auftragslage bedienen zu können und wiederum der Agrarwirtschaft Produkte zur Verfügung zu stellen, die diese für ihre Produktion benötigt. Dieser Kreislauf hat nicht nur aus dem einstigen Agrarstaat Deutschland eine Industrienation und schließlich eine Dienstleistungsnation werden lassen.

Im Gegensatz dazu kann man erkennen, dass Nationen, die in der Agrarwirtschaft nicht so gut aufgestellt sind (unabhängig der Gründe, denn diese sind so vielfältig wie die Staaten selbst), auch im Rest der Wirtschaft schlechter abschneiden. Beispiele hierfür sind viele der ost- und südosteuropäischen Länder oder auch die meisten der afrikanischen Staaten.

Abbildung 20 Weltweite Ausgaben für Nahrungsmittel im Vergleich zum BIP



Quelle: Asfour, 2017

7. Diskussion

Da es zu den beschriebenen Themen zum Teil differenzierende Meinungen gibt, soll in diesem Teil auf einige beschriebene Quellen eingegangen werden, um sie nachfolgend zu diskutieren. Dies geschieht jedoch, ohne den Wahrheitsgehalt explizit in Frage zu stellen.

Zu 2.2 Agrarstruktur und Agrarstrukturwandel

Agrarstruktur und Agrarwirtschaft hatten als Produktionsfaktoren bislang das Kapital, die Arbeit und den Boden. Die Faktorausstattung in den landwirtschaftlichen Unternehmen war bislang das zentrale Thema der Agrarstruktur und ihrem Wandel. Das ist prinzipiell gut und auch richtig. In den vergangenen Jahren ist ein vierter Faktor, die „Information", hinzugekommen, der zunehmend an Bedeutung gewinnt und von vielen Landwirten mit großer Skepsis betrachtet wird.

Durch den zunehmenden Einsatz von geographischen Informationssystemen (GIS), mit denen Arbeitsmaschinen gesteuert und Prozesse vereinfacht, optimiert und überwacht werden, sowie dem mittlerweile globalisierten Agrarmarkt, sind Informationen ein wichtiges und fast schon unersetzliches Gut, das im Zeitalter von Landwirtschaft 4.0[11] einen hohen Stellenwert einnimmt. Die Erweiterung um einen weiteren Produktionsfaktor kann ebenfalls dem Agrarstrukturwandel zugeschrieben werden. Er führt zu einer Verschiebung der Faktorengewichtung innerhalb der Produktion. Er wird einen wesentlichen Beitrag zur zukünftigen Landwirtschaft und deren weiteren Wandel leisten. Das Problem dabei ist, dass es dem Wesen des Landwirts fremd ist, sich noch mehr auf Büro, Computer und Telefon zu konzentrieren als bislang (was unter dem schon gegebenen Auflagen- und Aufzeichnungsdruck nicht unerheblich ist) und die praktische Arbeit im Stall sowie auf dem Feld entweder mit Hilfe der neuen Technik einzuschränken / zu vereinfachen oder aber von angestellten Arbeitskräften erledigen zu lassen. Darüber hinaus besteht immer eine gewisse Skepsis dem Innovativem gegenüber. Da es sich bei Informationen um Daten handelt und bislang nicht abschließend geklärt wurde, wem diese gehören, die die Maschine aufzeichnet und wie diese anschließend gespeichert, verarbeitet und möglicherweise verkauft werden, wird sich bei vielen die Unsicherheit halten. Eine weitere

[11] Landwirtschaft 4.0 steht für die Digitalisierung und Automatisierung der landwirtschaftlichen Produktion.

Schwierigkeit ist, dass sich die Faktoren Boden, Arbeit und Kapital leicht monetär bewerten lassen. Eine solche Bewertung von Informationen scheint im Gegensatz dazu relativ schwierig.

Bauer, (2000) spricht von real sinkenden Preisen an den Agrarmärkten. Ob sich diese Theorie aber über einen längeren Zeitraum halten lässt, ist fraglich. Auch wenn heute die Lager voll sind mit Weizen, Butter und Magermilchpulver, kann bislang nicht abgeschätzt werden, wie sich die Situation bis zum Jahr 2050, in Anbetracht von vorhergesagten 9 Milliarden Menschen und unter einem sich wandelnden Weltklima, verändern wird, denn wenn sich im Zuge dessen auch die Verteilung von Wasser ändert und die Konkurrenz darum weiter zunimmt, werden langfristig auch die Preise für Agrargüter steigen, denn die Landwirtschaft hat weltweit den größten Wasserverbrauch. Preistreibend kommen die zunehmende Verwüstung, Flächenversiegelung durch das Bevölkerungswachstum und die Bodendegradierung dazu.

Die von Zander et al., (2013) beschriebene veränderte Wahrnehmung der Landwirtschaft durch die Gesellschaft ist das Resultat des zum einen stetig gestiegenen und erreichten (in einem großen Teil) Wohlstands unserer Gesellschaft. Zum anderen ist sie das Ergebnis einer deutlich reduzierten Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe, verbunden mit der zunehmend geringer werdenden Anzahl an Menschen, die einen Bezug zur Landwirtschaft haben. Dadurch steigt die Anonymität der Produktion von Lebensmitteln und der Konzentration des Verbrauchers auf das Produkt und nicht auf die Herstellung → Produkt und Produktion wurden voneinander gelöst.
Dieses Wohlstandslevel ist unter anderem das Ergebnis unserer subventionierten Lebensmittel, denn durch den Rückgang der Lebensmittelausgaben in den vergangenen Jahrzehnten, bei gleichzeitig steigender Kaufkraft, ist es weiten Teilen der Bevölkerung möglich geworden, mehr Geld für andere Lebensbereiche auszugeben oder das Vermögen zu mehren. Damit hat die Gesellschaft (zumindest in Deutschland) ein bislang nie erreichtes Wohlstandsniveau erreicht und sie ist auch trotz einer veränderten Wahrnehmung zu einem großen Teil nicht bereit, dieses zugunsten teurerer Lebensmittel aufzugeben. Dies lässt sich in verschiedensten Studien anschaulich erkennen.

Zu 2.3 Treiber der Strukturentwicklung

In einer vereinfachten Betrachtung ist neue, moderne Technik teurer als vergleichbare alte. Betrachtet man moderne Landtechnik, zeigt sich, dass diese in einer identischen Leistungsklasse deutlich effizienter ist. Berücksichtig man eingesparte Arbeitszeit und geringere Betriebskosten auf gleicher Bezugsebene (z.B. Dieselverbrauch in l/h, l/ha), bei gleichzeitig höherer Arbeitsqualität der Technik (z.B. Dreschleistung in ha/h mit jeweiligem Verlust und Verunreinigung) sowie der Inflation, ist es fraglich, ob die Maschine tatsächlich teurer geworden ist.

Zu 2.5 Folgen des Agrarstrukturwandels

Seibert (2016) ist der Meinung, dass aufgrund geringer Faktormobilität soziale Probleme in den ländlichen Regionen entstehen und dies in Teilen Deutschlands die Abwanderung der ländlichen Bevölkerung zur Folge hat. Damit widerspricht er sich selbst, denn dass der Faktor Arbeit eine geringe Mobilität hat, stimmt nur in einem sehr geringen Umfang. Am Beispiel Ostdeutschlands und der Menge an Menschen, die wöchentlich pendeln oder aus den Regionen endgültig weggezogen sind, lässt sich sehr gut feststellen, dass die Mobilität sehr wohl gegeben ist. Dabei wird in vielen Fällen zwischen Ost- und Westdeutschland gependelt, weil sich bei gleicher Arbeit noch immer ein Lohngefälle hält. Die sozialen Probleme in ländlichen Regionen entstehen also nicht aufgrund geringer Faktormobilität, sondern wegen einer hohen Mobilität (vor allem der Arbeit). Sie entstehen den „zurückbleibenden“ Menschen in den schwachen Regionen, die nicht Abwandern oder Pendeln können oder wollen und wegen fehlender Arbeitsmöglichkeiten, aufgrund fehlender Unternehmen, gefolgt von fehlender Einnahmen der Kommunen und somit nicht möglicher Investitionen in Infrastruktur, eine Perspektivlosigkeit erleiden.

Zu 6.1 Das Wachstum eines (landwirtschaftlichen) Unternehmens ist unbedingt notwendig

Ein prinzipielles Votum für oder gegen ein betriebliches/unternehmerisches Wachstum kann grundsätzlich nicht ausgesprochen werden. Vielmehr muss der Unternehmer/Betriebsleiter für sich und sein Unternehmen selbst entscheiden, ob die gewählte Strategie die Passende und somit Beste ist. Ein Wachstum, nur um des Wachstums Willens, ist aber auf jeden Fall zu vermeiden, da davon ausgegangen werden kann, dass in diesem Falle die negativen Folgen die positiven überwiegen dürften.

Zu 6.2 Der bäuerliche Familienbetrieb ist das anzustrebende Ziel

Letztendlich ist es vollkommen unerheblich, „wie das Kind" am Ende heißt. Sei es „bäuerliche Landwirtschaft" oder „industrielle Landwirtschaft", denn der Wert, der diesen Begriffen beigemessen wird, entsteht in den Köpfen der Menschen, die sie benutzten. „Industrielle Landwirtschaft" wird meist negativ bewertet und gleichgesetzt mit anonymer, tierverachtender Fließbandproduktion. Aber auch eine industrialisierte Produktion kann wertschätzend erfolgen. Was zählt, ist eine Landwirtschaft die überall sozial-, ökologisch- und ökonomisch nachhaltig agiert. Eine rein marktwirtschaftlich kapitalistisch ausgerichtete Landwirtschaft wird auf Dauer nicht ohne negative Folgen für Mensch und Umwelt funktionieren.

Einerseits ist eine regionale Versorgungssicherheit anzustreben, durch die der Warenaustausch auf regional knappe oder nichtproduzierbare Güter beschränkt ist. Wenn ein bestimmtes Gut zu ganzheitlich vor Ort hergestellt werden kann, ist es andererseits nicht nachvollziehbar warum, wie oftmals gehandhabt, dieses Gut exportiert wird, nur um es aus einer anderen Region wieder zu importieren. Mit regionaler Produktion könnten sowohl kleinere Betriebe, welche breit aufgestellt, diversifiziert sind genauso leben, wie der spezialisierte Großbetrieb.

Dem widerspricht, dass eine derartige Produktion gegen die Grundsätze eines fairen (Welt)Handels wäre. Ist eine Region in der Lage ein Gut in großer Menge herzustellen, wäre es vermessen, dieser den Handel damit aus ihr hinaus zu untersagen. Dazu kommt, dass nirgends auf der Welt die gleichen Warenmengenüberschüsse und - defizite vorzufinden sind, sodass die Waren gleichmäßig ausgetauscht werden könnten. Das bedeutet,

manche Nationen haben beispielsweise aufgrund einer allgemeinen Ressourcenknappheit eine hohe Notwendigkeit am Import verschiedenster Produkte, können aber nicht im gleichen Maße Waren wieder exportieren. Darüber hinaus würde es bedeuten, dass sich das Recht herausgenommen wird, festzulegen welcher Region (und damit Menschen) Wohlstand zusteht und welcher nicht. Des Weiteren müsste geklärt werden, wie sich Region definiert und welche Größe sie hat und wie diese untereinander dann möglichst gleichberechtigt agieren.

Zu 6.3 Die Direktzahlungen verstärken den Agrarstrukturwandel

Ein direkter Bezug zwischen Strukturwandel und Direktzahlung herzustellen ist nach *Forstner et al. (2018),* schwierig. Der Ansatz, dass die DZ den Strukturwandel eher verlangsamen, trifft aber am ehesten zu, weil vor allem kleinere Betriebe die Einkommensstabilisierung bzw. -erhöhung brauchen und bei Wegfall der DZ ohne gleichzeitige Rohstoffpreisanpassung (denn es wurde bislang nicht untersucht, ob der Markt beim Wegfall der DZ höhere Preise hervorbringen würde), bei hier üblichen Produktionskosten die landwirtschaftliche Produktion aufgeben würden bzw. müssten.

Kirchinger (2017) ist der Meinung, dass durch den Wegfall der DZ der Faktor Boden an Wert verlieren würde und dass dadurch mehr Geld in den landwirtschaftlichen Unternehmen verbleibt, was für Innovationen genutzt werden könnte.
Dem gegenüber steht die Frage, ob der Faktor Boden bei einem Wegfall der DZ tatsächlich preiswerter werden würde. Und ob bei einem Eintreten dieser Theorie wirklich mehr Geld in den Betrieben bleibt, dass für Innovation genutzt werden könnte. Denn niemand schreibt den Bodeneigentümern vor, zu welchem Preis sie ihr Land verpachten müssen. Und nach dem Motto „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“ werden die Bodenpreise langfristig eher weiter steigen als sinken, einzige Möglichkeit wäre eine Regulierung des Pachtzinsniveaus über den Markt, der dieses bislang nach oben treibt, nämlich dann, wenn der Druck so hoch ist, dass regional kein Unternehmen mehr in der Lage ist Flächen zu pachten. Das könnte dazu führen, dass die Preise regional wieder sinken. Zu vergleichen ist dies mit dem Lohnniveau. Die Löhne steigen von Jahr zu Jahr und das auch in möglichen Schieflagen eines Unternehmens oder einer ganzen Branche. Selbst unter einer solchen Situation werden Löhne, wenn auch in geringerem Umfang oder mit einer Pause, weiter steigen, sie werden dagegen nicht niedriger werden. Und genauso würde es sich mit dem Pachtmarkt verhalten. Denn wenn der bisherige Pächter sich den Hektar Ackerland nicht mehr leisten kann, dann wird der Eigentümer in den meisten Fällen an denjenigen verpachten, der es kann (sofern vorhanden). Außerdem wird ein eventuelles Einkommensplus wohl vorrangig in andere Bereiche investiert werden, als in Innovationen.

8. Ausblick

Ausblick 2030

2020 läuft die derzeitige Förderperiode der GAP aus. Deshalb wird momentan (Frühjahr 2019) über die zukünftige Gestaltung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der nächsten Periode 2021 bis 2027 diskutiert. Da der Agrarhaushalt innerhalb der EU den größten Umfang besitzt, ist die Debatte darüber sehr langwierig. Es Vorschläge dazu, unter anderem von der Europäischen Kommission (KOM).

Die KOM schlägt unter anderem vor, den Gesamtbetrag der GAP auf rund 365 Milliarden Euro festzulegen, was einem Rückgang von 5 % entspricht. Dabei sollen die Mittel für die 2. Säule um rund 15 % und für die 1. Säule um rund 4 % (für Deutschland) gekürzt werden. Die Kürzung der Gesamtmittel der GAP für Deutschland soll rund 2,6 Mrd. € (-6%) bzw. für den europäischen Fond für regionale Entwicklung (ELER) rund 1,2 Mrd. € betragen. Die allgemein gesetzten Ziele sind dabei relativ identisch zu den aktuell gültigen:

- Stärkung eines intelligenten, krisenfesten und diversifizierten Agrarsektors;
- Stärkung von Umweltpflege und Klimaschutz und Beitrag zu den Umwelt- und Klimaschutzzielen der EU;
- Stärkung des sozioökonomischen Gefüges in ländlichen Regionen.

Die allgemeinen Ziele werden weiter spezifiziert:

- Einkommensunterstützung und -stabilisierung sowie Resilienz landwirtschaftlicher Betriebe;
- Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Beibehaltung der Marktorientierung;
- Stärkung landwirtschaftlicher Betriebe in der Wertschöpfungskette;
- Beitrag zum Klimaschutz und Anpassungen an den Klimawandel;
- Nachhaltige Entwicklung und effiziente Nutzung von Ressourcen;
- Beitrag zu Natur- und Landschaftsschutz;
- Förderung von Junglandwirten und Existenzgründern;
- Förderung von Beschäftigung, Wachstum, sozialer Integration und lokaler Entwicklung in ländlichen Räumen inklusive Bioökonomie;
- Gesellschaftliche Erwartungen an Ernährung und Gesundheit.

Zum Erreichen dieser Ziele soll ein neues Umsetzungsmodell eingeführt werden:

- Ein einheitlicher Satz von spezifischen Zielen für die gesamte GAP;
- Ein einheitlicher Satz von Indikatoren in einer Rechtsgrundlage;
- Ein einheitlicher Monitoring-Rahmen innerhalb der GAP- Strategiepläne;
- Fokussierung der Berichtspflichten;
- Ein einheitlicher Evaluierungsrahmen für die 1. und 2. Säule.

Dieses Modell enthält die Einrichtung einer Verwaltungsbehörde für den Strategieplan der GAP mit umfangreichen Verpflichtungen. Dabei ist die Auslagerung von Aufgaben auf regionale Stellen prinzipiell möglich, die Verwaltungsbehörde bleibt aber verantwortlich. Darüber hinaus sollen ein zentraler Begleitausschuss und ein GAP-Netzwerk gebildet werden (Bartelt, 2018).

Unabhängig von der Entwicklung und der Gestaltung der GAP nach 2020 wird sich die Agrarstruktur in Deutschland weiterentwickeln, die Zahl der landwirtschaftlichen Unternehmen wird, nicht zuletzt durch eine mit Sicherheit eintretende Kürzung der Agrarsubventionen, weiter zurückgehen. Der technische Fortschritt wird sich zunehmend auf die Digitalisierung sowie alternative Energie- und Antriebsquellen konzentrieren. Technische Möglichkeiten sind teilweise heute schon gegeben. Zu klären bleibt die rechtliche Gestaltung von Themen wie dem autonomen Fahren oder erzeugten Daten. Diese Problemstellung betrifft sowohl die allgemeine Wirtschaft als auch die Landwirtschaft. Die Tierhaltung wird in den nächsten Jahren tiergerechter werden. Dazu zählen der Verzicht auf das Kükenschreddern und die betäubungslose Kastration bei männlichen Ferkeln, eine zunehmende Hornloszucht bei Milchrindern sowie eine weitere Abnahme der Ställe mit Anbindehaltung. Die mit Sicherheit kommenden Regelungen dazu werden ebenfalls dafür sorgen, dass einzelne Betriebe die Tierhaltung aufgeben werden, weil sich Anpassungen, Neu- oder Umbauten nicht rechnen oder gar nicht erst finanziert werden können.

Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) hat Anfang 2017 ein Thesenpapier zur Landwirtschaft 2030 veröffentlicht, in dem sie bis dahin ungewohnt selbstkritisch Werte und Streben des eigenen Berufsstandes hinterfragt und eine mögliche Richtung für eine zukunftsfähige Landwirtschaft bis 2030 aufgezeigt. Im Mittelpunkt dieses Papiers steht eine deutliche Verbesserung der Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Produktion, durch das Erkennen und Abstellen von Defiziten in Tierhaltung und Pflanzenbau. Die Eindämmung von Nährstoffüberschüssen, vor allem an den bekannten ‚Hotspots' der Tierhaltung

gehört ebenso dazu, wie die artgerechte Haltung, die Fütterung und der Antibiotikaeinsatz. Darüber hinaus müssen Innovationen ermöglicht und die Potentiale der Digitalisierung genutzt werden. Dies alles vor dem Hintergrund, dass 2030 voraussichtlich Lebensmittel für 8,5 Milliarden Menschen hergestellt werden müssen, während gleichzeitig die landwirtschaftlich verfügbare Nutzfläche weltweit von rund 2.200 m²/Kopf im Jahr 2015 auf rund 2.000 m²/Kopf im Jahr 2030 aufgrund von Bevölkerungswachstum, Wüstenbildung, Urbanisierung, Versalzung und Bodendegradierung zurückgegangen sein wird (Pals, 2017).

Ausblick 2050

Bis 2050 wird nach derzeitigen Prognosen die Weltbevölkerung auf 10 Milliarden Menschen anwachsen. Damit steigen die Anforderungen an die Landwirtschaft in Anbetracht weiter zurückgehender landwirtschaftlicher Nutzfläche signifikant an. Gleichzeitig können nach Ansicht der EU-Kommission weltweit 200 Millionen neue Jobs in der Nahrungsproduktion entstehen (Friedrich, 2019). Wissenschaftler der Universität Bonn haben ein Model erstellt, das zeigt, wie mit gezielten Maßnahmen bis zu 4 Milliarden Menschen mehr ernährt werden könnten. Bei seiner Umsetzung müssten viele Menschen, auch in Europa, Opfer hinnehmen, wenn beispielsweise ein größerer Teil der Ernten direkt für Nahrungsmittel genutzt werden würde, statt als Tierfutter Verwendung zu finden. Darüber hinaus müssen die Erträge gesteigert werden, wobei das größte Potential vor allem außerhalb Deutschlands (Europas) liegt, wo laut den von *Friedrich (2019)* zitierten Wissenschaftlern mancherorts das Zehnfache der heutigen Erträge möglich wäre. Die Hälfte dieses Potentials liegt demnach in Afrika, der überwiegende Rest in Asien und Osteuropa. Die Wissenschaftler führen weiterhin an, dass die Düngung effizienter und gezielter und die Rodung von Wäldern, insbesondere Regenwäldern vermieden werden muss. Damit ließen sich Umweltschäden und Verwüstung vermeiden. Der Wasserverbrauch muss gesenkt werden. Vor allem an Standorten, an denen Wasser an sich schon knapp und kostbar ist. Der Studie zufolge lässt sich der Wasserbedarf um 8 bis 15 % senken, wenn in wasserarmen Regionen Pflanzen angebaut würden, die die Ressource besser nutzen. Gut 70 % des weltweiten Süßwasserbedarfs entfallen auf die Landwirtschaft, wobei Weizen und Reis von den untersuchten Arten, das meiste Wasser brauchen. Schließlich muss die Nahrungsmittelverschwendung deutlich minimiert werden. Allein mit dem Nahrungsmittelmüll aus den USA, China und Indien könnten 400 Millionen Menschen ernährt werden (Deter, 2014).

9. Fazit

Es kann davon ausgegangen werden, dass sich der Strukturwandel fortsetzen wird. Dieser Wandel betrifft die gesamte Wirtschaft und ist kein Phänomen der Land- und Forstwirtschaft, denn durch die Marktöffnungen und Abschaffung unter anderem der Quoten auf Milch und Zucker in den vergangenen Jahren, unterliegt sie den gleichen Bedingungen eines freien Marktes, wie alle anderen Wirtschaftssektoren auch. Anders als die restliche Wirtschaft produziert die Landwirtschaft in ihrer modernen Gestaltung in der für jedermann zugänglichen Natur, wodurch sie für die Bevölkerung sichtbar ist. Verstärkt wird dieser Umstand dadurch, dass weite Teile der Gesellschaft für sich in Anspruch nehmen, zu wissen, wie moderne Landwirtschaft funktioniert. Parallel dazu entwickelt sich in der zunehmend urbanisierten Bevölkerung eine voranschreitende Beziehungslosigkeit zur Agrarwirtschaft, gepaart mit einem Überangebot an Lebensmitteln. Im Ergebnis führt dies zu einer romantischen Verklärung des Bildes einer idealen Landwirtschaft innerhalb der Gesellschaft. Es ist vor allem ein Problem hochentwickelter Staaten, in denen die Menschen die Nähe zur (eigenen) Landwirtschaft verlieren.

Die Rückgangsquote der landwirtschaftlichen Betriebszahlen ist in den vergangenen Jahren gesunken und wird sich voraussichtlich auf einem Niveau von etwa 1,5 % halten. Wie in anderen Sektoren wird es immer Unternehmen geben, die den Betrieb aufgrund von Nachfolgermangel, steigendem Marktdruck oder unrentablen Wirtschaftens einstellen werden. Aus diesem Grund kann es keine Stagnation der Betriebszahlen geben. In der nachfolgenden Tabelle wird ersichtlich, wie sich die Anzahl der Betriebe bis zu den Jahren 2030, 2050 und 2100 verändern wird, wenn im jeweiligen Zeitraum durchschnittliche Verlustraten von 1,5 %; 2,0 % oder 2,5 % gehalten werden können.

Tabelle 3 Betriebszahlen bis zum Jahr 2100 bei verschieden Verlustraten.

Verlustrate \ Jahr	**2030**	**2050**	**2100**
1,5 %	223.583	166.004	78.853
2,0 %	208.719	140.462	52.185
2,5 %	194.908	118.947	34.607

Quelle: eigene Berechnung

In allen drei Fällen wird erkennbar, dass es bis zum Jahr 2100 weniger als 100.000 bzw. bei einer Verlustrate von 2,0 % und darüber, weniger als 50.000 landwirtschaftliche Betriebe geben wird. Dementsprechend wird die Wachstumsschwelle von derzeit etwa 100

ha ansteigen und die Flächengröße der Unternehmen deutlich zunehmen, wobei die zunehmende Automatisierung die Arbeit vereinfacht und die Zahl, der durch einen Landwirt ernährten Menschen größer wird.

Der Ausblick bis 2030 ist relativ sicher einschätzbar. Anders die Einschätzungen bis 2050, denn dabei ist vieles der berüchtigte Blick in die Glaskugel, wobei das Bevölkerungswachstum und der damit verbundene Energiebedarf wahrscheinlich als einzige Größe relativ sicher vorhergesagt werden kann.

Die zunehmende Automatisierung in der Tierproduktion (automatische Melksysteme und Fütterung, usw.) sowie im Pflanzenbau (Drohnen, fahrerlose Maschinen) aber auch die Entwicklungen im Bereich der grünen Gentechnik und die Tendenzen zu mehr Tierwohl werden strukturelle Veränderungen nach sich ziehen. Davon sind vor allem kleine (nebenerwerbs-) Betriebe betroffen, die sich den steigenden Anforderungen langfristig nicht anpassen können. Notwendige Investitionen bereiten vielen Unternehmern dabei die größten Schwierigkeiten, denn diese lassen sich gerade von kleinen Betrieben in einem absehbaren Zeitraum nicht amortisieren.

Die Landwirtschaft muss es schaffen, wieder mehr Nähe zum Menschen, zu den Verbrauchern herzustellen und somit Vertrauen zu gewinnen. Das ist längst bekannt und wird auch zunehmend umgesetzt. Nur die Intensität dessen muss erhöht werden. Denn der Klimawandel, rechtliche Anforderungen, das Bevölkerungswachstum und weltweite Konflikte werden zukünftig dafür sorgen, dass die landwirtschaftliche Urproduktion mit zunehmend volatileren Märkten und größeren Herausforderungen in der Produktion umgehen muss. Deshalb sollte sie vermeiden, eine noch größere Distanz zur Bevölkerung zu entwickeln, um nicht weitere Problem- und Konfliktfelder zusätzlich zu schaffen. Sie muss es außerdem schaffen, selbstständiger zu agieren und nicht abzuwarten, bis der Staat regulierend eingreift, wie dies viele Jahre der Fall war oder bis der Lebensmitteleinzelhandel Regularien vorschreibt, ohne deren Umsetzung die Landwirte ihre Produkte nicht mehr auf diesem Weg absetzen können. Und sie muss es schaffen, ihre vielmals etablierte, hochgradige Spezialisierung auf ein bzw. auf einige wenige Produkte wieder zu lockern und sich breiter aufzustellen. Solche Diversifizierungsprozesse, wie beispielsweise die Erweiterung der Fruchtfolge, Einrichtung einer Direktvermarktung, Ausführen von

Lohnarbeiten, Betreiben einer Gastwirtschaft oder die Energieproduktion, können mitunter ohne größere Investitionen durchgeführt werden und den Betrieben helfen, marktbedingte Schwankungen einzelner Produkte abzufangen und sich am Markt zu behaupten.

„Der technische Fortschritt geht schnell voran. Zum Beispiel wird wahrscheinlich bereits 2025 jede zweite Kuh in Nordwesteuropa von Robotern gemolken.“

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 18. Januar 2019 bei der Tagung des Global Forum for Food and Agriculture auf der Grünen Woche in Berlin.

Literaturverzeichnis

AgrarBündnis e.V., 2001. *Leitbild bäuerliche Landwirtschaft! - Positionspapier des AgrarBündnis e.V.*. Kassel: AgrarBündnis e.V..

agrarheute, 2015. *Die 9 größten Agrarexporteure der Welt.* [Online] Available at: https://www.agrarheute.com/markt/9-groessten-agrarexporteure-welt-518225
[Zugriff am 04 Februar 2019].

Asfour, T., 2017. *Weltweite Ausgaben für Lebensmittel: Industrieländer sparen am Essen.* [Online]
Available at: https://www.presseportal.de/pm/112074/3641988
[Zugriff am 04 Februar 2019].

Bartelt, F., 2018. *GAP nach 2020 - Schwerpunkt 2. Säule.* Dresden: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Baur, P., 2000. *Agrarstrukturwandel - das Ergebnis von Druck oder Sog?.* Zürich: Institut für Agrarwirtschaft, ETH Zürich.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2015. *Grundzüge der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und ihrer Umsetzung in Deutschland.* [Online] Available at: https://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Agrarpolitik/_Texte/GAP-NationaleUmsetzung.html
[Zugriff am 02 Februar 2019].

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, 2017. *Cross-Compliance.* [Online]
Available at: https://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Foerderung-Agrarsozialpolitik/_Texte/Cross-Compliance.html
[Zugriff am 18 Januar 2019].

Bundeszentrale für politische Bildung, 2016. *Kapitalismus.* [Online] Available at: http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19938/kapitalismus
[Zugriff am 01 November 2018].

Bundeszentrale für politische Bildung, 2016. *Strukturwandel.* [Online] Available at: http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20784/strukturwandel
[Zugriff am 26 Oktober 2018].

Bundeszentrale für politische Bildung, 2016. *Wirtschaftswachstum.* [Online] Available at: http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/21136/wirtschaftswachstum
[Zugriff am 05 November 2018].

Deter, A., 2014. *Bis 2050 muss Landwirtschaft hocheffektiv werden!*. [Online] Available at: https://www.topagrar.com/management-und-politik/news/bis-2050-muss-landwirtschaft-hocheffektiv-werden-9579473.html
[Zugriff am 13 Februar 2019].

Deter, A., 2015. *Hoher Ausbildungsgrad in der Landwirtschaft.* [Online] Available at: https://www.topagrar.com/management-und-politik/news/hoher-ausbildungsgrad-in-der-landwirtschaft-9590039.html
[Zugriff am 07 Januar 2019].

Deutscher Bauernverband, 2017. *Situationsbericht 2017/18.* Frankfurt am Main: s.n.

Dornheim, P. D. A., 2011. *Rasse, Raum und Autarkie Sachverständigengutachten zur Rolle des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in der NS-Zeit.* [Online] Available at: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/RolleReichsministeriumNSZeit.pdf?__blob=publicationFile
[Zugriff am 19 Februar 2019].

Fock, P. D. T., 2018. *Agrargeschichte und ländliche Entwicklung.* Neubrandenburg, s.n.

Forstner, B., 2018. *Hintergrund - Was versteht man unter Agrarstruktur?.* [Online] Available at: https://www.thuenen.de/de/thema/wettbewerbsfaehigkeit-und-strukturwandel/wohin-steuern-wir-unsere-agrarstrukturen/was-versteht-man-unter-agrarstruktur/
[Zugriff am 29 Oktober 2018].

Forstner, B. et al., 2018. *Wirkungen von Direktzahungen in der Landwirtschaft - ausgewählte Aspekte mit Bezug zum Strukturwandel.* Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.

Forstner, B. & Tietz, A., 2013. *Kapitalbeteiligung nichtlandwirtschaftlicher und überregional ausgerichteter Investoren an landwirtschaftlichen Unternehmen in Deutschland.* Braunschweig: s.n.

Friedrich, T. A., 2019. *Landwirtschaft schafft 200 Mio. neue Jobs bis 2050.* [Online] Available at: https://www.topagrar.com/management-und-politik/news/landwirtschaft-schafft-200-mio-neue-jobs-bis-2050-10275304.html
[Zugriff am 13 Februar 2019].

Haas, P. D. H.-D. & Neumair, D. S.-M., 2018. *Agrarstruktur.* [Online] Available at: https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/agrarstruktur-28248/version-251883
[Zugriff am 29 Oktober 2018].

Hahne, U., 2012. Landwirtschaft ist mehr als Produktion. *Land in Form,* Issue 2.2012, p. 52.

Isermeyer, F., 2014. *Künftige Anforderungen an die Landwirtschaft - Schlussfolgerungen für die Agrarpolitik.* Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.

IWMedien, 2018. *Wirtschaft und Schule.* [Online] Available at: https://www.wirtschaftundschule.de/wirtschaftslexikon/s/strukturwandel/
[Zugriff am 20 Januar 2019].

Kaack, D. r. n. J., 2017. *Anschieben oder geschoben werden.* [Online] Available at: https://www.mittelstandswiki.de/wissen/Wachstum
[Zugriff am 05 November 2018].

Kirchinger, H., 2017. *Die Mär vom Bauern.* München: Süddeutsche Zeitung GmbH.

Klodt, P. D. H., 2018. *intrasektoraler Strukturwandel.* [Online] Available at: https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/intrasektoraler-strukturwandel-38610/version-262031
[Zugriff am 19 Januar 2019].

Klodt, P. D. H., 2018. *sektoraler Strukturwandel.* [Online] Available at: https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/sektoraler-strukturwandel-42153/version-265507
[Zugriff am 19 Januar 2019].

Krämer, A., 2013. *Grenzen des Wachstums erreicht?.* [Online] Available at: https://www.lwk-niedersachsen.de/index.cfm/portal/6/nav/360/article/23641.html
[Zugriff am 02 November 2018].

Lendt, C., 2013. *Volkswirtschaften verändern sich.* [Online] Available at: https://www.mittelstandswiki.de/wissen/Strukturwandel
[Zugriff am 26 Oktober 2018].

Lißmann, G., 2018. *Agrarstruktureller Wandel.* [Online] Available at: https://www.lissmann.eu/agrarstruktur/
[Zugriff am 11 Dezember 2018].

Losher, M., 2015. *Der Reichsnährstand.* [Online] Available at: https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/ns-organisationen/reichsnaehrstand.html
[Zugriff am 03 März 2019].

Menges, D., 2017. *Rechtsformen in der Landwirtschaft - eine kritische Analyse.* Triesdorf: Hochschule Weihenstephan-Triesdorf.

Nieberg, P. D. H. & Forstner, B., 2013. *Perspektiven der Agrarstrukturentwicklung in Deutschland.* Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.

Pals, D. L. S., 2017. *Landwirtschaft 2030: So sieht die DLG die Zukunft.* [Online] Available at: https://www.topagrar.com/management-und-politik/news/landwirtschaft-2030-so-sieht-die-dlg-die-zukunft-9527644.html
[Zugriff am 13 Februar 2019].

Plieninger, T., Bens, O. & Hüttl, R., 2006. *Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume.* Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung.

Remesch, M. et al., 2017. Wachstum für wen? Wachsen und weichen in der Landwirtschaft. *Agrar Koordination,* p. 24.

Schäfer, D. A., 2018. *Wachstum.* [Online] Available at: https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/wachstum-48617/version-271868
[Zugriff am 05 November 2018].

Seibert, O., 2016. *Vorlesung Agrar- und Umweltpolitik.* Triesdorf: s.n.

Simon, F., 2018. *Strukturwandel.* [Online] Available at: https://www.rechnungswesen-verstehen.de/lexikon/strukturwandel.php [Zugriff am 26 Oktober 2018].

Simon, F., kein Datum *Rezession.* [Online] Available at: https://www.rechnungswesen-verstehen.de/lexikon/rezession.php [Zugriff am 01 November 2018].

Statista, 2018. *Auszubildende in der Landwirtschaft in Deutschland bis 2017.* [Online] Available at: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/323808/umfrage/auszubildende-in-der-landwirtschaft-in-deutschland/
[Zugriff am 08 Januar 2019].

Statista, 2018. *Auszubildende zum Landwirt in Deutschland bis 2017.* [Online] Available at: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/323820/umfrage/auszubildende-zum-landwirt-in-deutschland/
[Zugriff am 08 Januar 2019].

Statista, 2018. *Frauenanteil an den Auszubildenden in der Landwirtschaft in Deutschland bis 2016.* [Online] Available at: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36283/umfrage/frauenanteil-bei-auszubildenden-in-der-landwirtschaft-seit-1992/
[Zugriff am 08 Januar 2019].

Statista, 2018. *Studierende der Agrarökonomie in Deutschland bis WS 2017/18.* [Online] Available at: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/304321/umfrage/studierende-der-agraroekonomie-in-deutschland/
[Zugriff am 08 Januar 2019].

Statista, 2018. *Studierende der Agrarwissenschaft in Deutschland bis WS 2017/18.* [Online]
Available at: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/184372/umfrage/anzahl-studenten-im-agrarbereich-in-deutschland/
[Zugriff am 08 Januar 2019].

statista, 2018. *Studierende in Deutschland nach Fächergruppen 2017/2018.* [Online] Available at: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/3246/umfrage/anzahl-der-studenten-nach-faechergruppen/
[Zugriff am 08 Januar 2019].

Statistisches Bundesamt, 2018. *Anzahl der Betriebe in der Landwirtschaft in Deutschland in den Jahren 1975 bis 2017 (in 1.000).* [Online] Available at: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36094/umfrage/landwirtschaft---anzahl-der-betriebe-in-deutschland/
[Zugriff am 05 November 2018].

Sternad, D. & Mödritscher, G., 2018. *Qualitatives Wachstum.* Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.

Stiftung Familienunternehmen, 2017. *Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Familienunternehmen.* München: Stiftung Familienunternehmen.

Tietz, A., 2017. *Überregional aktive Kapitaleigentümer in ostdeutschen Agrarunternehmen: Entwicklungen bis 2017.* Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.

Umweltbundesamt, 2018. *Struktur der Flächennutzung.* [Online] Available at: https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/flaeche/struktur-der-flaechennutzung#textpart-3
[Zugriff am 30 Januar 2019].

Wikipedia-Autoren, 2018. *Agrarstruktur.* [Online] Available at: https://de.wikipedia.org/wiki/Agrarstruktur
[Zugriff am 29 Oktober 2018].

Wikipedia-Autoren, 2018. *Deflation.* [Online] Available at: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Deflation&oldid=182159505
[Zugriff am 01 November 2018].

Wikipedia-Autoren, 2018. *Inflation.* [Online] Available at: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Inflation&oldid=182098150
[Zugriff am 01 November 2018].

Wikipedia-Autoren, 2018. *Mansholt-Plan.* [Online] Available at: https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Mansholt-Plan&oldid=175217312
[Zugriff am 03 Dezember 2018].

Wirtschaftslexikon24, 2017. *Mansholt-Plan.* [Online] Available at: http://www.wirtschaftslexikon24.com/e/mansholt-plan/mansholt-plan.htm
[Zugriff am 14 Januar 2019].

Zander, K. et al., 2013. *Erwartungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft.* Braunschweig: Thünen-Institut.